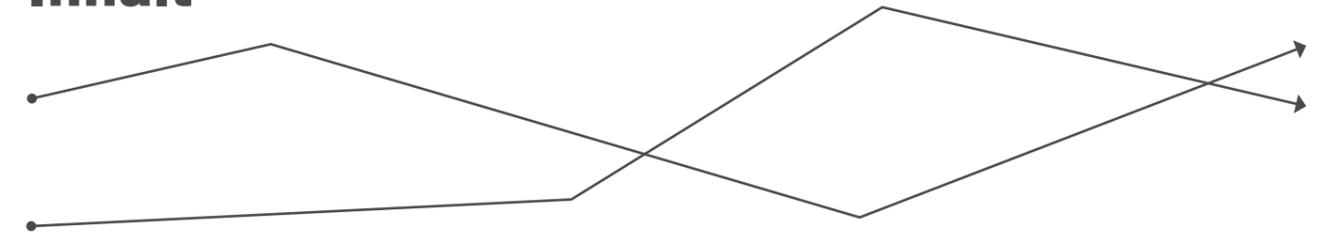


CRONBANK AG

GESCHÄFTS- BERICHT 2017

Inhalt



04
**Vorstand, Aufsichtsrat
und Mitgliedschaften**

05
Vorwort

06
Marktwissen aus erster Hand
Verbund rechnet sich

08
Eine starke Gemeinschaft
Die MHK Group: Erfolgreicher Partner für den
mittelständischen Küchen-, Möbel- und Sanitärfachhandel

10
Webinar

12
WTB

13
**Einfach Erfolgreich
Verkaufen**
Mehr Umsatz durch gezielt
eingesetzte Finanzkaufangebote

14
MEG Schulungen
CRONBANK-Netzwerk macht
Profis zu Service-Profis

16
Kernaussagen 2017

18
Wirtschaftslage
Mittelstand in Hochstimmung –
stärkstes Wirtschaftswachstum
in Deutschland seit 2011

20
**Bericht des
Aufsichtsrates**

22
Lagebericht

37
Bestätigungsvermerk

42
Jahresbilanz

45
Gewinn- und Verlustrechnung

46
Anhang

MITGLIEDER DES VORSTANDES

Wolfgang Becker Bankkaufmann, Bodenheim
Frank Bermbach Bankkaufmann, Bad Camberg

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Hans Strothoff (Vorsitzender) Kaufmann, Dreieich
Meinhard Mundt (stellvertretender Vorsitzender) Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Friedrichsdorf
Dr. Peter Forster Rechtsanwalt, Rödermark
Prof. Rainer Kirchdörfer Rechtsanwalt, Korntal-Münchingen
Hans Struwe Wirtschaftsprüfer, Friedrichsdorf
Andreas Povel Dipl.-Kaufmann, Bad Homburg

MITGLIEDSCHAFTEN

Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin
Prüfungsverband deutscher Banken e.V., Köln
Bankenverband Hessen e.V., Frankfurt/Main
Bankenfachverband e.V., Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Berichtsjahr 2017 war ein ganz besonderes für uns: Die CRONBANK betreute ihre Kunden nunmehr im 20. Jahr ihrer Geschäftstätigkeit. Seit der Gründung hat sich vieles getan. Das hängt vor allem mit der hohen Flexibilität der CRONBANK zusammen.

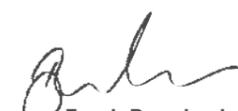
Ursprünglich als Finanzdienstleister für Handelspartner der MHK Group aufgestellt, waren die Angebote der CRONBANK ausschließlich dem mittelständischen Küchen- und Möbelfachhandel zugänglich. Schon vor einigen Jahren haben wir unser Portfolio auch anderen Branchen aus dem Fachhandel, für das Handwerk und für Franchisekonzepte geöffnet. Mit Erfolg: Noch nie waren die Kundenanfragen der CRONBANK so vielseitig wie im Berichtsjahr 2017. Die Ziele bei den Neuabschlüssen im Individualkundengeschäft wurden mit einem Plus von 34,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr weit übertroffen. Trotz erheblicher Investitionen konnte das Betriebsergebnis vor Bewertung gegenüber 2016 deutlich um 10,0 Prozent gesteigert werden. Darauf sind wir stolz. Und das bestätigt uns auf unserem Kurs, mit maßgeschneiderten Produkten einerseits und durch aufmerksames Zuhören andererseits weiterhin zu überzeugen.

Neben dem Küchen- und Möbelhandel sowie Sanitär-, Heizungs- und Klimafachbetrieben zählen inzwischen auch Mitglieder von Optiker-, Hörakustiker-, Schuh-, Getränkegroßhandel- und Malerverbänden zu den Kunden der CRONBANK. Das motiviert uns als Vorstand, die Position der Bank als spezialisierter Finanzdienstleister zu festigen und neue Ertragsfelder zu erschließen. Unsere volle Aufmerksamkeit gilt dabei dem bedarfsorientierten Ausbau der Produktpalette. Verschiedene Branchen formulieren unterschiedliche Anforderungen. Das nehmen wir sehr ernst. Statt Lösungen von der Stange erarbeiten wir ausschließlich individuelle Finanzkonzepte nach Maß. Unkompliziert. Mit kurzen Entscheidungswegen. Und immer realisierbar für den Kunden.

Bei allem Fokus auf die Kundenorientierung möchten wir es nicht versäumen, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu danken. Sie haben engagiert zur Schärfung des Profils der CRONBANK beigetragen und geben unserem Image als aufmerksamer Zuhörer ein Gesicht.

Der Vorstand


Wolfgang Becker


Frank Bermbach

MARKTWISEN AUS ERSTER HAND



Was hat die CRONBANK, was andere Banken nicht haben? Als einzige Bank, die extra für den kooperierenden Fachhandel und das Handwerk gegründet wurde, kennt sie sich aus mit dem mittelständischen Fachhandel, dem Handwerk und der Franchise-Landschaft in Deutschland. Mit ihrem Hintergrundwissen aus langjähriger Kooperationsarbeit im Verbund stärkt sie die kleinen und mittleren Unternehmen im Markt.

VERBUND RECHNET SICH

Deutschland zählt weit über 300 Verbundgruppen, die sich vorwiegend als Einkaufs- und Marketing-Kooperationen mittelständischer Fachhändler und Handwerker verstehen. Verbundgruppen sind dafür da, ihren Mitgliedern Vorteile zu verschaffen, die diese allein nicht erlangen könnten oder aber teuer bezahlen müssten. Dies sind: günstigere Einkaufskonditionen aufgrund gebündelter Nachfrage sowie eine starke Unterstützung in der Marketing- und Vertriebsarbeit der Betriebe.

PARTNERBANK FÜR ZAHLEICHE BRANCHEN

Durch ihr Branchenwissen und unternehmerorientiertes Produktportfolio bietet die CRONBANK alle Voraussetzungen für eine langfristige Stärkung des mittelständischen Fachhandels im regionalen Markt. Als Partner und Dienstleister verfügt sie zugleich über ein umfassendes Marktwissen und über Kenntnisse zu den internen Strukturen des Mittelstands. Beides fließt in die individuelle Kundenberatung mit ein und liefert das solide Fundament für eine Finanzlösung nach Maß.

EINE STARKE GEMEINSCHAFT ...



... ERREICHT JEDES ZIEL.

Seit fast 40 Jahren unterstützen wir unsere Partner bei der Verwirklichung ihrer Ziele. Neben erstklassigen Einkaufskonditionen bieten wir unseren Partnern ein breites Dienstleistungsangebot sowie erfolgreiche Vermarktungskonzepte für den Küchen- und Möbelhandel. Die musterhaus küchen Fachgeschäfte und die REDDY Küchen Märkte haben beim Verbraucher einen erstklassigen Namen.

Um den mittelständischen Fachhandel zu stärken, unterstützen wir unsere Partner bei Zukunftsinvestitionen und kümmern uns um die Suche eines optimalen Standortes ebenso wie um die Neugestaltung der Ausstellung oder die Finanzierung.

Haben auch Sie Interesse, im Küchen- und Möbelfachhandel zu expandieren und Ihre unternehmerischen Ziele zu verwirklichen? Dann zögern Sie nicht! Sprechen Sie uns an!



VON BEGINN AN ERFOLGREICH
Gründung der MHK Group.

1980

GRÜNDUNG DER INDUSTRIE- UND HANDELSTREUHAND GMBH
Sie reguliert alle Umsätze zwischen den Handelspartnern und den gelisteten Lieferanten und übernimmt uneingeschränkt die Delkrederhaftung der Handelspartner gegenüber den Lieferanten.

1984

CARAT
Ein charakteristischer Meilenstein in der Entwicklung des Unternehmens wird gelegt: Die bis heute überaus erfolgreiche Planungssoftware CARAT wird auf den Markt gebracht.

1989

MHK NIEDERLANDE
Um das Unternehmen auf eine möglichst breite Basis zu stellen, beginnt die MHK Group auf internationalen Märkten aktiv zu werden.

1992

REDDY KÜCHEN
Die MHK Group hebt ein eigenes Franchise-Konzept aus der Taufe. Heute ist REDDY Küchen europaweit fest etabliert.

1994

CRONBANK
Es entsteht eine Spezialbank für den mittelständischen Küchen- und Möbelfachhandel, welche als kompetenter Partner und Berater bei Finanzierungskonzepten und Unternehmensfinanzierungen hilfreich ist.

1997

HOLDING / STIFTUNG
Gründung der MHK Group als Management Holding. Aufbau der gemeinnützigen MHK-STIFTUNG als Grundstein für die Zukunft. Sie sichert den Fortbestand über die heutige Unternehmergeneration hinaus.

2000

EUROPA
Mit den neu etablierten Serviceverbänden MHK Schweiz, MHK Iberica und MHK Österreich wächst die MHK Group seit 2006 europaweit weiter.

2006

INTERDOMUS HAUSTECHNIK
Gründung eines Verbandes für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik.

2010

VME MHK EINKAUFGESSELLSCHAFT MBH
Mit dem Einrichtungspartnerring VME und der MHK Group bündeln zwei der führenden europäischen Verbundgruppen ihre Kräfte. Ziel: Stärkung der Gesellschafter durch günstige Einkaufskonditionen.

2013

ZUKUNFT GESTALTEN
Spatenstich der neuen MHK Europazentrale.

2015

RICHTFEST
Der erste Bauabschnitt der neuen MHK Europazentrale ist fertiggestellt.

2016

DEUTSCHER WOHNBAU VERBUND
Mit dem Verband erschließt sich die MHK Group eine neue Branche.

2016

SELECTIV KÜCHEN
Nach elementa, DESIGNO Küchen und xeno folgt mit selectiv eine weitere Eigenmarke.

2017

EINZUG MHK EUROPAZENTRALE

2018

WEBINARE:

„Sie haben einen Termin“



Als Veranstalterin zahlreicher Webinare macht die CRONBANK es ihren Teilnehmern leicht: Die informativen Online-Schulungen lassen sich bequem und zeitsparend direkt vom eigenen Schreibtisch aus absolvieren. Bereits seit 2016 nutzt die CRONBANK das Internet für ihre Webinare und Schulungsvideos.

WILLKOMMEN IM VIRTUELLEN KLASSENZIMMER

Ein Webinar findet im Gegensatz zum webbasierten Training (WBT) zu einem festen Termin statt. In der Regel dauert eine Sitzung 15 bis 45 Minuten – perfekt für Unternehmer, die sich auch um ihr Tagesgeschäft kümmern müssen. Der virtuelle Seminarraum am Computerbildschirm zeigt den Referenten während seiner Präsentation in Echtzeit. Die Teilnehmer stehen im direkten Kontakt mit ihm, können Fragen stellen oder auch mit den anderen Webinar-Teilnehmern kommunizieren. Ein CRONBANK Webinar ist immer live mit festgelegter Start- und Endzeit.

INTERAKTIV STATT NUR DABEI

Im Fokus des CRONBANK Online-Schulungsangebots: interaktive Seminare unter der Leitung von speziell ausgebildeten Trainern. Alle Teilnehmer agieren interaktiv miteinander – wie in einem klassischen Seminar. Via Telefonkonferenz oder Chat bleibt keine Frage ungehört, die Teilnahme per Mausclick erspart lange Anfahrten und Zeitausfälle.

Schon gewusst?

„Webinar“ ist ein sogenanntes Kofferwort, auch Portmanteau-Wort genannt. In diesem Kunstwort verschmelzen die Wörter Web und Seminar zu einem inhaltlich neuen Begriff. Webinar ist seit 2003 beim Deutschen Patent- und Markenamt als Wortmarke eingetragen.

THEMA FINANZKAUF – ANSCHAUICH ERKLÄRT

„Um das Thema Finanzkauf noch prominenter im Angebot unserer Partner zu platzieren, behandeln wir es vorrangig in unseren Webinaren“, so CRONBANK Vorstand Frank Bermbach. Mit anschaulichen Erklär-Videos und schlüssigen Argumentationsketten vermitteln die Online-Schulungen die Bestandteile und Vorteile des Produkts. In Online-Chats trainieren CRONBANK Mitarbeiter mit ihren Teilnehmern echte Gesprächssituationen.

» LEHRE BILDET GEISTER;
DOCH ÜBUNG MACHT
DEN MEISTER. «

Deutsches Sprichwort

WBT: FREIES TRAINING PER MAUSKLICK

Reinklicken, wann immer es der Geschäftsbetrieb erlaubt: Mit den webbasierten Trainings (WBT) stellt die CRONBANK frei verfügbare Online-Lernprogramme zum Thema Finanzkauf bereit. Jederzeit abrufbar und zugänglich für alle Verbundmitglieder.

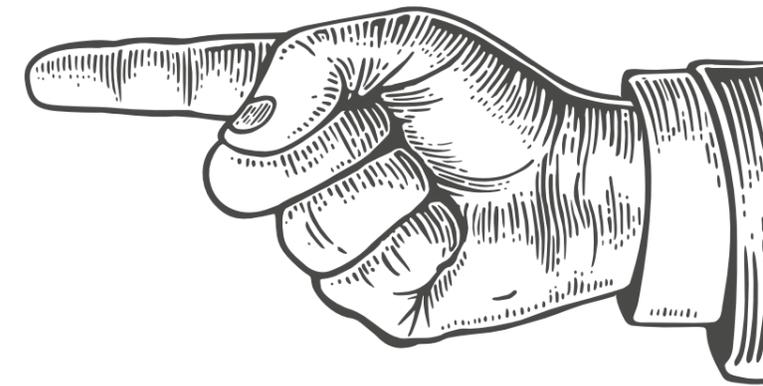
Morgens vor Ladenöffnung? Mittags zum Snack? Oder zwischen zwei Beratungsterminen? Die Finanzkauf-Infos stehen online und zu jeder beliebigen Tageszeit zur Verfügung. Die WBTs zum Thema Finanzkauf und FiBS sind gefüllt mit Videos, Übungen und Tests. Ganz ohne Anmeldung – wann immer es in den Geschäftsalltag passt.



DARF ES ETWAS MEHR SEIN? Jetzt clever finanzieren.

Küchen- oder Möbelkauf, ein neues Bad, die Hausrenovierung oder eine Gleitsichtbrille mit hochwertigen Gläsern – manchmal darf es einfach auch ein bisschen mehr sein. Wenn man seine vier Wände verändern oder sich etwas Exklusives gönnen möchte, dann ist das ein ganz besonderes Vorhaben. Und dafür sind Kunden häufig bereit, gern etwas mehr auszugeben.

Im Rahmen ihrer Finanzkauf-Initiative „Einfach Erfolgreich Verkaufen“ (EEV) bietet die CRONBANK ausgewählten Handelspartnern für den Einstieg in das Finanzkaufangebot eine besondere Unterstützung an. Die Basis bildet dabei immer ein auf die jeweilige Branche abgestimmtes Finanzkaufangebot mit attraktiven Monatsraten, das die Gesamtkosten des begehrten Objekts in den Hintergrund rücken lässt. Mit dieser Service-Leistung setzt sich der jeweilige Anbieter vom Wettbewerb ab, indem er dem Kunden den Weg zur Wunscherfüllung deutlich verkürzt. Das geht oft schneller als erwartet: Die Finanzkauf-Kreditzusage erfolgt innerhalb weniger Sekunden direkt auf dem Bildschirm, die Genehmigungsquote liegt sogar bei 95 Prozent.



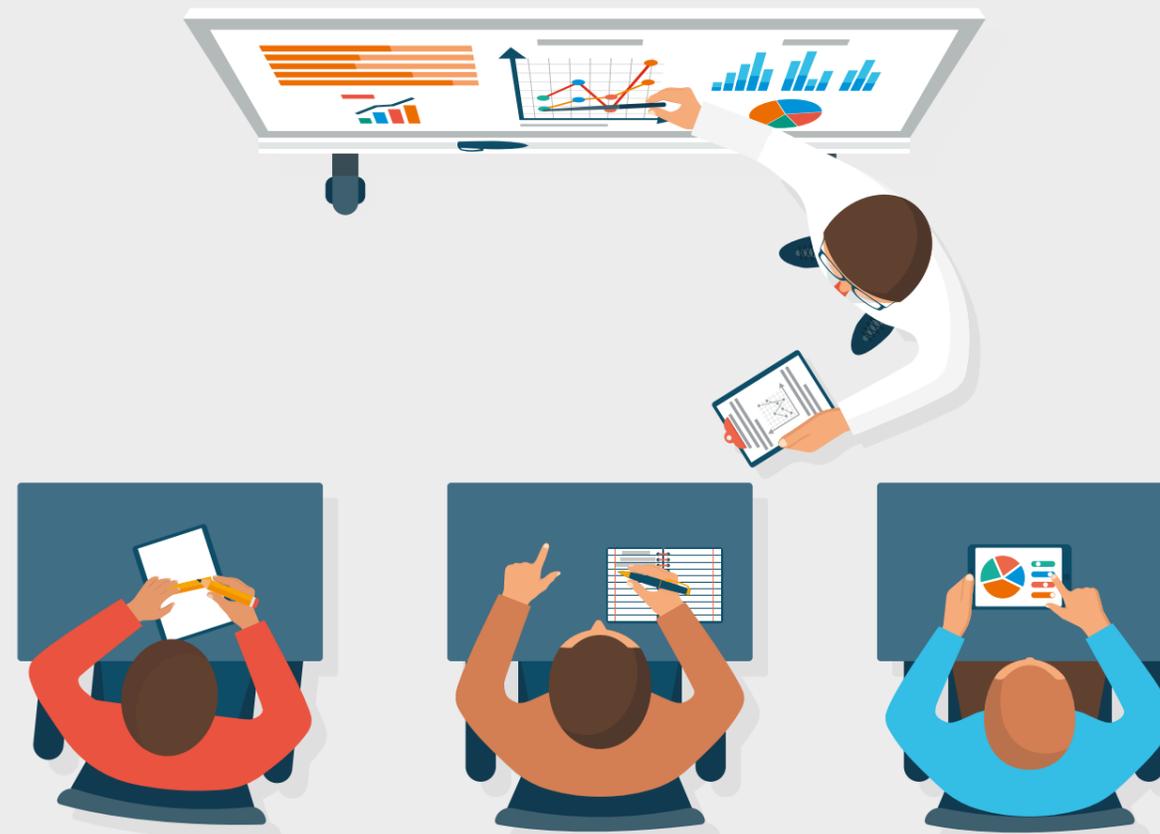
EEV versteht sich darüber hinaus als Schulungs- und Motivationsprogramm für Inhaber und Verkäufer der CRONBANK Handelspartner. Eine enge Betreuung durch die CRONBANK, ein umfangreiches Werbemittelpaket und ein Incentive-Programm mit attraktiven Prämien für vermittelte Finanzkaufumsätze runden die erfolgreiche Initiative ab. Die Teilnahme an diesem Programm unterliegt einem Anmelde- und Auswahlverfahren der CRONBANK.

FINANZKAUF MIT DER CRONBANK

- ✔ 95 Prozent Kreditgenehmigungen
- ✔ Kreditzusage innerhalb weniger Sekunden
- ✔ Einfache und schnelle Bearbeitung
- ✔ Sicherer Zahlungseingang
- ✔ Branchenspezifische Finanzierungslösungen



CRONBANK- Netzwerk MACHT PROFIS ZU SERVICE-PROFIS



Am Beispiel der Maler-Einkauf Süd-West eG (MEG) lässt sich anschaulich nachvollziehen, welche Vorteile die CRONBANK mit ihren Kontakten gerade für stark warenorientierte Verbundgruppen bringt. Auch im Handwerk gilt: Nur über den Preis alleine kann man Kunden nicht mehr binden. Service-Leistungen müssen her, die dem Kunden einen Mehrwert bringen.

RÜCKENSTÄRKUNG VOM FINANZPARTNER

Durch die Kooperation mit der CRONBANK stand der MEG und ihren Mitgliedern bereits der Weg zu unkomplizierten Krediten sowohl für die Mitgliedsunternehmen als auch für deren Kunden offen. Um dem Verbund aus dem Handwerk auch in puncto weiterer Serviceangebote den Rücken zu stärken, schlossen sich die CRONBANK, die R+V Versicherung und die MEG mit der Akademie der Verbundgruppen (ADV) zusammen: „Im Bereich Aus- und Weiterbildung kooperieren wir bereits einige Jahre sehr erfolgreich mit dem Institut aus Montabaur“, berichtet CRONBANK Vorstand Frank Bermbach. Bei dem speziellen Schulungsangebot für die MEG wurde der Fokus auf die Sensibilisierung und Befähigung des MEG-Außendienstes zur Erkennung des Bedarfs an zusätzlichen Dienstleistungen gelegt - beispielsweise bei Finanzangeboten, damit deren Kunden umfassend versorgt werden können.

WAS DER MALER NICHT KENNT ...

Farben, Wärmedämmung, Trockenbaumaterial – das ist das tägliche Verkaufsgeschäft der MEG-Mitglieder. Aber Finanzdienstleistungen? „Keine Sorge, unsere Kollegen müssen keine Versicherungen verkaufen“, beruhigt Jens Ohler, Leiter der Niederlassung Darmstadt bei der MEG. „Aber sie sind offen dafür, den Bedarf ihrer Kunden über das Malermaterial hinaus abzuklopfen. Hier liegt die Chance zur Kundenbindung, die die Betriebe brauchen.“ Genau hier kam die ADV ins Spiel. Das im Jahr 2017 für die MEG konzipierte Schulungskonzept startete mit einem Pilotprojekt in der Niederlassung Darmstadt. Sobald das Konzept mit den Erkenntnissen aus der Pilotphase nachgeschärft ist, erfolgt in den 15 weiteren Niederlassungen die Umsetzung. „Dieses Projekt zeigt, dass wir die Kooperationszentralen, deren Vertriebe und auch deren Mitglieder nicht nur mit maßgeschneiderten Finanzkonzepten unterstützen können, sondern sie auch mit unserem Netzwerk voranbringen“, schließt Frank Bermbach ab.

KERNAUSSAGEN 2017

1

DIE NEUPRODUKTION
im Kreditgeschäft ist um 30,1 % auf
€ 251,6 Mio. gestiegen.

3

DAS GESCHÄFTSVOLUMEN
beträgt zum 31. Dezember 2017
€ 698,1 Mio. (+34,5 %).

5

DIE KREDITE
an Kunden haben sich um 16,7 %
auf € 447,9 Mio. erhöht.

7

**DIE ANZAHL DER
MITARBEITERINNEN UND
MITARBEITER**
ist auf 66 Personen
(2016: 62 Personen) angestiegen.

2

DIE EIGENMITTEL
betragen nach Gewinnverwendung € 68,8 Mio.,
was einer Gesamtkapitalquote
von € 14,2 % entspricht.

4

DAS ZINSERGEBNIS
wurde um 15,2 % und das Provisionsergebnis
um 4,4 % gegenüber dem Vorjahr verbessert.

6

DAS BETRIEBSERGEBNIS
vor Bewertung ist um 10,0 % auf
€ 6,9 Mio. gestiegen.

Um 2,2 Prozent ist das Wirtschaftswachstum im Jahre 2017 gewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren konnte das Tempo nochmals gesteigert werden.

BINNENACHFRAGE ALS WACHSTUMSTREIBER

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Die langfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum in 2017 mit 2,2 Prozent fast einen Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von plus 1,3 Prozent lag. Globale Unsicherheiten, wie beispielsweise die protektionistischen Tendenzen der US-Regierung und der angekündigte harte Ausstieg Großbritanniens aus der EU, beeinträchtigen das Wirtschaftswachstum Deutschlands nicht. Grund dafür ist, dass das Wachstum weniger durch außenwirtschaftliche als vielmehr durch binnenwirtschaftliche Faktoren getrieben wurde. Positive Wachstumsimpulse kamen also primär aus dem Inland: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 2 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Die Bauinvestitionen stiegen um 2,6 Prozent. In Ausrüstungen – vor allem Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurde 3,5 Prozent mehr investiert als im Vorjahr. Daneben konnten die deutschen Ausfuhren weiter zulegen: Die Exporte von Waren und Dienstleistungen waren um 4,7 Prozent höher als im Vorjahr. Maßgeblich hierfür waren auch die Warenausfuhren in die europäischen Partnerländer, die durch die gefestigte Konjunktur im Währungsraum deutlich zunahmen. Die Importe legten im gleichen Zeitraum noch stärker zu: um 5,2 Prozent.

Die privaten Konsumausgaben stiegen 2017 in jeweiligen Preisen um 3,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dies ist der größte Zuwachs seit 1994. Preisbereinigt nahmen die privaten Konsumausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Prozent zu. Insgesamt beliefen sich die privaten Konsumausgaben in Deutschland im Jahr 2017 auf 1.735 Mrd. €. Dabei konsumierten die privaten Haushalte bei allen Verwendungszwecken mehr als im Vorjahr. Befördert wurde der private Verbrauch zudem durch die wegen der Flüchtlingsmigration ausgeweiteten staatlichen Transferleistungen und die merkliche Anhebung der Altersrenten vom Vorjahr, die erst in 2017 voll wirkte. Insgesamt betrachtet blieb die Inflationsrate im Jahresverlauf unter 2 Prozent, auch wenn zu Jahresbeginn der Wegfall des Ölpreisrückgangs preistreibend wirkte. Ab dem Frühsommer sorgten der Euro-Dollar-Wechselkurs und der wieder sinkende Ölpreis für einen Rückgang der Inflationsrate.

WERTSCHÖPFUNG IN NAHEZU ALLEN WIRTSCHAFTSBEREICHEN IM PLUS

Nahezu alle Wirtschaftsbereiche trugen positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2017 und damit zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozent. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt von knapp 44,3 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das ist der höchste Stand seit der deutschen Wiedervereinigung. Somit waren rund 638 000 Personen oder 1,5 Prozent mehr erwerbstätig als im Jahr zuvor, die höchste Zunahme seit 2007. Dieser Anstieg resultiert aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Dagegen sank die Zahl der Arbeitnehmer, die ausschließlich einen Minijob ausüben, und die Zahl der Selbstständigen erneut. Die Arbeitslosenzahl sank von knapp 2,7 im Vorjahr auf etwa 2,5 Millionen Menschen, die Arbeitslosenquote nahm im Vergleichszeitraum um 0,5 auf 5,7 Prozent ab, dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

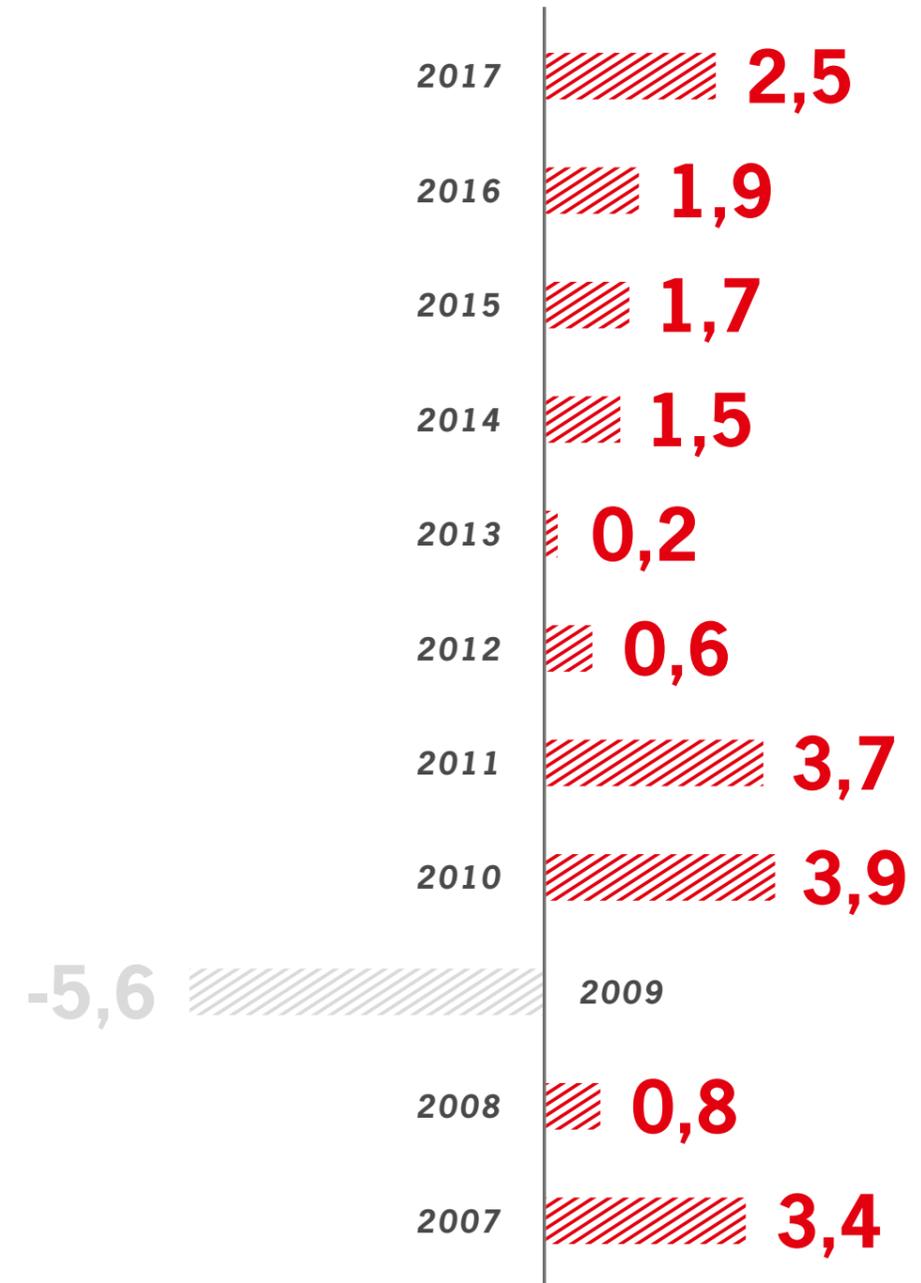
STAAT MIT REKORDÜBERSCHUSS

Der Staat erzielte in 2017 einen Überschuss von 38,4 Mrd. € und beendete das Jahr zum vierten Mal in Folge mit einem Überschuss. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich für den Staat im Jahr 2017 eine Überschussquote von 1,2 Prozent. Grund waren die sprudelnden Steuer- und Beitragseinnahmen sowie Einsparungen bei den Zinsausgaben. Die Konsumausgaben des Staates, die um 1,6 Prozent stiegen, waren zusammen mit dem Privatkonsum für 1,3 Prozent des BIP-Wachstums verantwortlich. Der Finanzierungsüberschuss fiel damit insgesamt gesehen so stark aus wie noch nie seit der deutschen Wiedervereinigung. Der Schuldenstand des Staates verminderte sich in Relation zum BIP von 68,1 in 2016 auf rund 65 Prozent.

POSITIVE AUSSICHTEN

Für das laufende Jahr rechnet die Bundesregierung in ihrem Herbstgutachten mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,3 Prozent (preisbereinigt). Grund dafür ist die deutsche Wirtschaft, die sich in einem stetigen und breit angelegten Aufschwung befindet mit einem soliden binnenwirtschaftlichen Fundament. Die Kapazitäten sind gut ausgelastet, die Beschäftigung ist auf Rekordniveau und die Verbraucherpreise sind stabil.

(preisbereinigt) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent:



BERICHT DES AUFSICHTSRATES



Hans Strothoff
Vorsitzender des Aufsichtsrates der CRONBANK AG

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2017 den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens überwacht und ihn in seiner Geschäftsführung beraten. Dazu haben am 22. März, 26. Juni, 25. September und 4. Dezember 2017 vier Sitzungen stattgefunden. In jeder dieser Sitzungen hat der Vorstand über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft berichtet. Vorgänge, die für die Rentabilität und Liquidität von erheblicher Bedeutung waren oder sein könnten, wurden gesondert dargestellt. Abweichungen von der Planung wurden untersucht und erläutert. Den Berichten lagen jeweils schriftliche Unterlagen zugrunde. Dies waren insbesondere die vierteljährlichen Controllingberichte, die regelmäßig vorgelegt und jedem Mitglied des Aufsichtsrates übersandt werden. Die Controllingberichte gliedern sich jeweils in die Bereiche Umsatzentwicklung, Ergebnisentwicklung, Risikoentwicklung und aufsichtsrechtliche Kennzahlen. Weiterhin enthält der Controllingbericht Aussagen zur Risikotragfähigkeit und dem Risikomanagement, gibt Auskunft über wesentliche Einzelengagements und die Entwicklung der Risikovorsorge. Soweit aufgrund der turnusmäßigen Parameterchecks Anpassungen in der Berichterstattung vorzunehmen waren, erfolgte hierzu eine gesonderte ausführliche Darstellung, die auch die Auswirkungen berücksichtigte.

Des Weiteren informierte der Vorstand in den Sitzungen über die Marktaktivitäten, gegliedert nach den verschiedenen Geschäftsbereichen. Diese Berichte wurden vom Vorstand in den Sitzungen erläutert und sodann intensiv mit uns beraten. Neben diesen regelmäßig vorgelegten Unterlagen gab es anlassbezogen schriftliche Vorlagen zu einer Vielzahl von weiteren im Aufsichtsrat behandelten Themen.

Der Aufsichtsrat war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung eingebunden und hat über die in seine Kompetenz fallenden Sachverhalte nach sachgerechter Beurteilung sowie Prüfung entsprechende Entscheidungen gefällt. Soweit der Aufsichtsrat bzw. der Kreditausschuss des Aufsichtsrates nach der Geschäftsordnung des Vorstandes in die Kreditbeschlussfassung einzubinden war, erfolgte dies mittels schriftlicher Berichterstattung und anschließender Beschlussfassung im Umlaufverfahren.

Der Vorstand legte dem Aufsichtsrat regelmäßig die Prüfungsberichte der extern durchgeführten Prüfungen vor und gab hierzu alle gewünschten Erläuterungen. Der Aufsichtsrat erhält auch jeweils die von der extern vergebenen Innenrevision erstellten Prüfungsberichte, deren Quartalsberichte und deren Jahresbericht. Alle Berichte wurden in den Sitzungen des Aufsichtsrates erörtert.

Wie in jedem Jahr, so auch in 2017, widmeten wir uns in einer Sitzung der Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie. Auf den weiteren Ausbau der CRONBANK zur „Bank der Verbundgruppen“ haben wir in diesem Zusammenhang unser besonderes Augenmerk gelegt. Wir befassten uns in einer Sitzung mit der Vorbereitung und Durchführung der jährlich vorgesehenen Bewertung von Struktur, Größe, Zusammensetzung, Leistung sowie der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung von Vorstand und Aufsichtsrat. Die Auswertung der Bewertung erfolgte in unserer Sitzung am 9. April 2018. Der in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates integrierte Prüfungsplan wurde vollständig abgearbeitet. Die Jahresberichte des Datenschutz-Beauftragten, des Compliance-Beauftragten und des Geldwäsche-Beauftragten sowie der Bericht zur IT-Sicherheit wurden in einer Sitzung ausführlich erörtert, nachdem diese in schriftlicher Form vorgelegen haben.

In einer der Sitzungen beschäftigten wir uns mit den zusätzlichen Eigenmittelanforderungen im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Beurteilungsprozesses (SREP), in einer anderen mit der Ausgestaltung der Vergütungssysteme für den Vorstand und die Mitarbeiter sowie der Überwachung der Übereinstimmung der Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der Bank. Die Planung für das Folgejahr wurde in der Zusammenkunft vom 4. Dezember 2017 verabschiedet. Darüber hinaus erfolgte die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates wurde zwischen unseren Sitzungen vom Vorstand über wesentliche Geschäftsvorfälle unterrichtet. Der Vorsitzende hat in der nächstfolgenden Aufsichtsratssitzung seinerseits hierüber informiert.

Gemäß Geschäftsordnung des Aufsichtsrates besteht die Möglichkeit, einen Präsidialausschuss und einen Kreditausschuss zu bilden. Während des gesamten Berichtszeitraums waren ein Präsidialausschuss und ein Kreditausschuss gebildet. Die Ausschüsse des Aufsichtsrates fassten ihre Beschlüsse im Geschäftsjahr 2017 jeweils im Umlaufverfahren. In der darauffolgenden Aufsichtsratssitzung erfolgte die Berichterstattung an den Aufsichtsrat. In der von uns durchgeführten Selbsteinschätzung zur Bildung von Ausschüssen nach § 25d Abs. 7 – 12 KWG sind wir zu dem Ergebnis gelangt, dass aufgrund der Tatsache, dass es sich bei der CRONBANK um ein mittleres Institut mit einem risikoarmen Geschäftsmodell handelt, von der Bildung der Ausschüsse nach § 25d Abs. 7 – 12 KWG abgesehen wird und die Aufgaben jeweils durch den gesamten Aufsichtsrat wahrgenommen werden.

Die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und der Lagebericht sind von der zum Abschlussprüfer gewählten PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Dem Ergebnis dieser Prüfung stimmen wir zu. Wir haben heute den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 gebilligt, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist. Dem Vorschlag des Vorstands zur Gewinnverwendung schließen wir uns an. Der vom Vorstand erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hierzu lagen

den Mitgliedern des Aufsichtsrates vor und wurden geprüft. Der Abschlussprüfer hat dem Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- 1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind**
- 2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“**

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung bestätigen wir, dass gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen keine Einwendungen zu erheben sind.

Wir danken dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank für ihren großen Einsatz und die im Jahre 2017 geleistete Arbeit.

Frankfurt am Main, 9. April 2018

Für den Aufsichtsrat

Hans Strothoff
Vorsitzender

L A G E B E R I C H T

I. KONJUNKTUR IN DEUTSCHLAND¹

Aufschwung gewinnt an Dynamik

Der bereits seit dem Jahr 2013 andauernde Konjunkturaufschwung in Deutschland schritt in 2017 weiter voran und führte erneut zu einem überdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte nach ersten amtlichen Schätzungen gegenüber dem Vorjahr um 2,2 % zu und expandierte damit noch etwas stärker als in 2016 (+1,9 %). Insgesamt erfuhr das preis-, kalender- und saisonbereinigte BIP im bisherigen Verlauf des Aufschwungs und auch in 2017 von Quartal zu Quartal nur relativ geringe Schwankungen. Globale Unsicherheiten, wie beispielsweise die protektionistischen Tendenzen der neuen US-Regierung und der angekündigte harte Austritt Großbritanniens aus der EU, störten das Wirtschaftswachstum Deutschlands offenbar nur wenig. Grund hierfür dürfte nicht zuletzt sein, dass das Wachstum weniger durch außenwirtschaftliche, sondern vielmehr durch binnenwirtschaftliche Faktoren getrieben wurde.

Konsum weiter zentraler Wachstumsmotor

Haupttreiber des gesamtwirtschaftlichen Wachstums waren in 2017 abermals die staatlichen und privaten Konsumausgaben. Angesichts der unvermindert günstigen Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung sowie der nach wie vor lediglich moderaten Teuerung der Verbraucherpreise erhöhten die privaten Haushalte ihre Ausgaben ähnlich deutlich wie in 2016 (+2,0 % gegenüber +2,1 %). Befördert wurde der private Verbrauch zudem durch die im Rahmen der Flüchtlingsmigration ausweiteten staatlichen Transferzahlungen und die merkliche Anhebung der Altersrenten vom Vorjahr, die erst 2017 voll wirkte. Von der vorgenommenen Entlastung bei der Einkommenssteuer gingen hingegen kaum Effekte aus, da dieser ein Anstieg des Beitragssatzes für die gesetzliche Pflegeversicherung gegenüberstand. Der Privatkonsum war zusammen mit den Konsumausgaben des Staates, die um 1,4 % stiegen, für 1,4 Prozentpunkte des BIP-Wachstums verantwortlich.

Investition etwas lebhafter

Nach einem eher schwachen Vorjahr nahm das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen etwas an Fahrt auf (+3,5 % gegenüber +2,2 %). Die globalen Unsicherheiten, die zuvor das Investitionsklima merklich belasteten, traten allmählich in den Hintergrund.

Zudem machte die zunehmende Kapazitätsauslastung in der Industrie zusätzliche Investitionen notwendig und die Finanzierungsbedingungen für den Unternehmenssektor waren nach wie vor ausgesprochen günstig. Bei den Bauinvestitionen blieb das Wachstumstempo hoch (+2,6 %). Insbesondere in Wohngebäude wurde angesichts der soliden Einkommenszuwächse und der niedrigen Finanzierungskosten deutlich mehr investiert. Der gewerbliche und der öffentliche Bau wurden durch Faktoren wie die steigenden Ausrüstungsinvestitionen und die bessere Finanzlage vieler Kommunen angeregt.

Außenhandel legt zu

Die Exporte der deutschen Wirtschaft expandierten stärker als im Vorjahr (+4,7 % gegenüber +2,6 %). Maßgeblich hierfür waren unter anderem die Warenausfuhren in die Partnerländer des Euroraums, die im Zuge der konjunkturellen Festigung des Währungsraums deutlich zunahm. Die Ausfuhren in die USA wurden dagegen durch die zeitweilige Aufwertung des Euro-Wechselkurses gedämpft und auch das Geschäft mit dem Vereinigten Königreich entwickelte sich angesichts des angekündigten harten EU-Ausstiegs eher schwach. Da neben den Exporten auch die Importe nach Deutschland zunahm (+5,2 %), trug der Außenhandel als Ganzes rechnerisch aber nur mit 0,2 Prozentpunkten zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion bei.

Staat mit hohem Budgetüberschuss

Der öffentliche Gesamthaushalt erzielte 2017 im vierten Jahr in Folge einen Finanzierungsüberschuss. Zwar kam es aufgrund der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und der vom Bundesverfassungsgericht verlangten Rückzahlung der Kernbrennstoffsteuer zu erheblichen Haushaltsbelastungen, diese Belastungen konnten jedoch durch weiterhin kräftig sprudelnde Steuer- und Beitragseinnahmen sowie Einsparungen bei den Zinsausgaben mehr als ausgeglichen werden. Vor diesem Hintergrund schloss die öffentliche Hand nach vorläufigen Angaben das Jahr mit einem Überschuss von 38,4 Mrd. € ab, was 1,2 % des BIP entsprach. Der Schuldenstand des Staates verminderte sich in Relation zum BIP von 68,1 % in 2016 auf 64,8 %.

Beschäftigungsaufbau hält an

Am Arbeitsmarkt setzten sich die günstigen Trends der Vorjahre fort. Die Anzahl der erwerbstätigen Menschen mit inländischem Arbeitsort stieg im Vorjahresvergleich um 638.000 auf rund 44,3 Mio. Wichtigster Motor des Arbeitskräftezuwachses war weiterhin der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Demgegenüber war die Zahl der Arbeitnehmer, die ausschließlich einen Minijob ausüben, und die Zahl der Selbstständigen erneut rückläufig. Die Arbeitslosenquote sank von knapp 2,7 Mio. Menschen in 2016 auf etwa 2,5 Mio. Die Arbeitslosenquote nahm im Vorjahresvergleich um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7 % ab und befand sich damit auf dem niedrigsten Stand seit der deutschen Wiedervereinigung.

Inflationsrate bleibt unter 2 %

Die Verbraucherpreise erfuhren 2017 von der Tendenz her zunächst eine Berg- und dann eine Talfahrt. Zu Jahresbeginn stieg die Inflationsrate zeitweise um über 2 %. Preistreibend wirkten dabei insbesondere der Wegfall der entlastenden Wirkung des Ölpreisrückgangs vom Winterhalbjahr 2015/2016 sowie die im Zuge schwacher Ernten in Südeuropa zunehmenden Nahrungsmittelpreise. Ab dem Frühsommer sorgten dann aber Faktoren wie die Aufwertung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar, die Importe tendenziell verbilligt, und die zeitweise abnehmenden Ölpreise für einen Rückgang der Inflationsrate. Im Jahresdurchschnitt legten die Verbraucherpreise um 1,8 % zu und damit stärker als in 2016 (+0,5 %).

Aggressivität der ultra-lockeren Geldpolitik der EZB geht leicht zurück

Die Europäische Zentralbank EZB hat in 2017 an ihrem extrem expansiven Kurs festgehalten. Die europäischen Notenbanker beließen die Leitzinsen für den Euroraum unverändert auf deren historisch niedrigen Niveaus. So blieben der EZB-Hauptrefinanzierungssatz für die Finanzinstitute des Euroraumes bei 0,0 % und der Einlagensatz mit -0,4 % im negativen Bereich. Darüber hinaus setzte die EZB ihr Anleiheaufkaufprogramm fort. So kaufte die europäische Notenbank bis einschließlich März im Rahmen ihres Asset Purchase Programs (APP) monatlich Wertpapiere im Wert von 80 Mrd. €. Wie auf der EZB-Ratssitzung vom Dezember 2016 beschlossen, verlängerte der EZB-Rat das Aufkaufprogramm bis zum Ende des Jahres, allerdings zu einem niedrigeren monatlichen Aufkaufvolumen in Höhe von

60 Mrd. €. Die EZB begründete ihr Festhalten am ausgesprochen expansiven geldpolitischen Kurs in 2017 mit der anhaltend schwachen Dynamik bei den Verbraucherpreisen und der noch nicht ausreichend guten konjunkturellen Entwicklung im Euroraum. Vor dem Hintergrund des im Jahresverlauf anziehenden Aufschwungs im Euroraum beschloss der EZB-Rat im Oktober 2017 zwar eine Verlängerung des Programms bis mindestens September 2018, dies allerdings zu einem ab Januar 2018 erneut verringerten monatlichen Kaufvolumen von 30 Mrd. €.

II. GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die Bank hat ihren Sitz in Dreieich, in Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit einem Alleinaktionär. Die Bank sieht sich in ihren Marktsegmenten (Firmen- und Privatkunden) weiterhin gut positioniert.

Im Firmenkunden-, insbesondere dem kooperierenden Fachhandel und Handwerk, sowie Privatkundenbereich bieten wir das Girogeschäft, verschiedene Kreditarten und alle wesentlichen Einlagenprodukte an. Weiterhin bieten wir im Rahmen von einem Maklermandat die Betreuung im Versicherungsbereich an.

Die für den kooperierenden Fachhandel und das Handwerk positiven Rahmenbedingungen (gute Arbeitsmarktlage, das niedrige Zinsniveau) sowie die Ausweitung des Konsums der privaten Haushalte durch die erhöhte Kaufkraft lassen die Bank weiterhin zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Die Bank geht weiterhin von einer moderat steigenden Nachfrage nach langfristigen Unternehmenskrediten, Konsumfinanzierungen und privaten Wohnungsbaudarlehen aus.

Die Geschäftsentwicklung der Bank

Die Bank stand im Berichtsjahr neben dem mittelständischen Küchen- und Möbelfachhandel (vornehmlich Handelspartner der MHK Group) auch anderen Verbundgruppen als Bank des kooperierenden Fachhandels und des Handwerks („Bank der Verbundgruppen“) als spezialisierter Finanzdienstleister zur Verfügung und hat diese Position weiter ausbauen können.

¹ BVR; Auszüge aus: Übersicht über die Entwicklung der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland sowie an den Finanzmärkten im Jahr 2017

Die wachstumsorientierte Geschäftspolitik wurde konsequent weiterverfolgt. Um den Wirkungsbereich der Bank auf eine breitere Basis zu stellen und weitere Ertragsfelder zu erschließen, wurde die Ausweitung des Kundenkreises weiter vorangetrieben. Die Produktpalette in den verschiedenen Marktsegmenten wurde und wird bedarfsorientiert ausgebaut, um wettbewerbsfähig zu bleiben und marktgerechte Dienstleistungen anbieten zu können. Die Bank betreut von ihrem Standort in Dreieich aus durch die verschiedenen Vertriebs- / Außendienstleistungen bundesweit ihre Kunden.

Im Berichtsjahr wurden die Ziele bei der Neuproduktion im Individualkundengeschäft weit übertrafen. Bei einem Planwert von 129,5 Mio. Euro konnten Neugeschäftsabschlüsse in Höhe von 202,0 Mio. Euro (+34,5 % gegenüber dem Vorjahr) vereinbart werden. Im Finanzkauf konnten mit 48,9 Mio. Euro in der Neuproduktion die geplanten Werte zu 101 % erreicht werden. Das Assekuranzgeschäft hat die Planwerte von 0,8 Mio. Euro bei 0,7 Mio. Euro nicht ganz erreicht (88 % Erfüllungsgrad). Die Geschäftsentwicklung ist insgesamt günstig verlaufen.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung konnte gegenüber 2016 um 10,0 % gesteigert werden. Geplant für das Berichtsjahr war ein Betrag von 5,588 Mio. Euro, erreicht wurden 6,909 Mio. Euro.

Im Segment Finanzkauf steht die Bank mit anderen Privatbanken im Retailbereich im Wettbewerb, im Bereich des Individualgeschäftes (hier: Projekt- und Immobilienfinanzierung) besteht mit allen anderen Banken, die in diesem Geschäftsbereich tätig sind, eine Konkurrenzsituation. Im Assekuranzbereich steht die Bank vor allem mit regional orientierten Vermittlern in einer Wettbewerbssituation, die durch spezialisierte und branchenspezifische Konzepte gemildert wird.

Um den Finanzkauf zukunfts- und produktorientiert aufzustellen, wurde in 2017 die Finanzkauf Initiative „Einfach Erfolgreich Verkaufen“ gestartet.

Im Bereich des Individualgeschäftes wurde durch den weiteren Ausbau neuer Kundenverbindungen außerhalb der MHK Group eine weitere Diversifikation des gesamten Kreditportfolios verfolgt.

Gesellschaften der MHK Group unterhielten Kundeneinlagen in Höhe von 144,2 Mio. Euro per 31. Dezember 2017 (Vorjahr: 121,2 Mio. Euro) und zählen damit zu den wichtigen Vertragspartnern der Bank.

Das von der Bank angebotene Programm zur Kapitalvorsorge für die Inhaber / Gesellschafter der Handelspartner, die in den Verbandsgesellschaften der MHK Group organisiert sind, wurde im Berichtsjahr weiter angenommen, was nicht zuletzt auf die allgemeine Zinsentwicklung zurückzuführen ist.

Zur Erhaltung und zum Ausbau der Sicherheitsstandards wurde in 2017 weiter in den Bereichen IT- Technik / IT-Weiterentwicklung investiert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 597,2 Mio. Euro (Vorjahr: 437,8 Mio. Euro). Dies bedeutet eine Steigerung um 36,4 % gegenüber dem Vorjahr.

Das Guthaben bei der Deutschen Bundesbank Hauptverwaltung Frankfurt am Main beträgt zum 31. Dezember 2017 128,5 Mio. Euro (Vorjahr: 43,8 Mio. Euro). Die Ausweitung dient ausschließlich der Einhaltung der erhöhten regulatorischen Anforderungen an die Liquiditätsausstattung der Kreditinstitute.

Die Forderungen gegenüber Kreditinstituten belaufen sich auf 20,4 Mio. Euro (Vorjahr: 10,0 Mio. Euro). Die Forderungen an Kreditinstitute nahmen um absolut 10,4 Mio. Euro bzw. 104,0 % zu.

An Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren unterhält die Bank keine Bestände.

Insgesamt beträgt der ausgewiesene Bestand an Kundenforderungen 447,9 Mio. Euro (Vorjahr: 383,6 Mio. Euro). Die Nettoforderungen an Kunden stiegen gegenüber dem Vorjahr um 64,2 Mio. Euro bzw. +16,7 %. Der Bestand im Kreditgeschäft außerhalb des Konsumentenkreditgeschäftes (Finanzkauf) ist im Berichtsjahr um 55,7 Mio. Euro bzw. 16,5 % gestiegen. Zum Jahresende betrug dieser 392,8 Mio. Euro (Vorjahr: 337,1 Mio. Euro). Notwendiger Finanzierungsbedarf konnte durch die vorhandenen Mittel gedeckt werden. Im Finanzkauf ist der

Bestand auf 64,2 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr (57,0 Mio. Euro) um 7,2 Mio. Euro bzw. 12,5 % gestiegen.

Auf der Passivseite wurden insgesamt 474,7 Mio. Euro (Vorjahr: 341,4 Mio. Euro) an Kundeneinlagen hereingenommen, insbesondere in Form von befristeten Einlagen.

Die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 44,3 Mio. Euro (Vorjahr: 34,3 Mio. Euro) sind im Wesentlichen Refinanzierungen ausgereicherter Förderkreditmittel von öffentlichen Förderinstituten.

Bei den eingegangenen Haftungsverhältnissen aus Bürgschaften gehen wir, wie in den Vorjahren, von einem geringen Risiko der Inanspruchnahme aus.

Ertragslage

Das erreichte Ergebnis im Geschäftsjahr 2017 ist unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmendaten sehr zufriedenstellend. Es wurde, nach Dotation des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 2,0 Mio. Euro, ein Jahresüberschuss von 3,0 Mio. Euro erwirtschaftet. Die wesentlichen Ertragsquellen der Bank sind der Zins- und der Provisionsertrag.

Das Zinsergebnis generiert sich wesentlich aus der Unternehmensfinanzierung und dem Finanzkauf. Der Zinsüberschuss betrug 15,0 Mio. Euro, dieser ist um +2,0 Mio. Euro bzw. +15,2 % gegenüber dem Vorjahreswert gestiegen.

Das Provisionsergebnis ergibt sich im Wesentlichen aus dem Kredit- und Versicherungsvermittlungsgeschäft, den Umsatz- und Kontoführungsgebühren und dem Avalgeschäft. Der Provisionsüberschuss (1,1 Mio. Euro) ist gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich geblieben (+ 4,4 %).

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind um 15,4 % von 8,1 Mio. auf 9,3 Mio. Euro gestiegen. Ursächlich hierfür waren hauptsächlich die Steigerungen bei den Personal- und EDV-Kosten im Berichtsjahr.

Eine Einzelrisikovorsorge wird für alle Kredite gebildet, für die belastbare Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und es insoweit wahrscheinlich ist, dass die Bank voraussichtlich einen materiellen Ausfall erleiden wird. Für die Bildung der Einzelrisikovorsorge sind die Marktfolgebereiche im Kreditgeschäft verantwortlich, die durch regelmäßige, sorgfältige Bonitätskontrollen den Vorsorgebedarf ermitteln. Für alle erkennbaren Risiken wurden Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen gebildet.

Die Pauschalrisikovorsorge stellt eine Schätzung der inhärenten Verluste im Kreditportfolio aufgrund von Unwägbarkeiten und Unsicherheiten bei der Ermittlung der Kreditausfälle dar. Hierbei werden diejenigen Kreditengagements ausgeschlossen, die bereits in der Einzelrisikovorsorge berücksichtigt wurden. Zur Ermittlungssystematik von Pauschalwertberichtigungen hat sich gegenüber dem Vorjahr nichts geändert.

Beim Bewertungsergebnis ergibt sich im Berichtsjahr ein Ertrag von 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: Aufwand von 0,4 Mio. Euro). Für alle erkennbaren Risiken wurde in ausreichendem Umfang Vorsorge getroffen.

Die Bank hat zur Stärkung des Kernkapitals 2,0 Mio. Euro dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB zugeführt. Insgesamt ist ein Bestand von 10,0 Mio. Euro zum 31. Dezember 2017 vorhanden. Die Eigenkapitalrentabilität (inkl. dem Bestand nach § 340 g HGB) hat sich gegenüber dem Vorjahr nach Zuweisung der 2,0 Mio. Euro für den Fonds für allgemeine Bankrisiken von 5,5 % auf 7,0 % erhöht. Die Kapitalrendite beträgt ohne Berücksichtigung der Kapitalerhöhung 1,15 %.

Die Aufwands- und Ertragsrelation ist in 2017 gegenüber dem Vorjahr von 56,08 % auf 57,26 % gestiegen.

2016	56,08 %
2017	57,26 %

Aufsichtsrechtliche Kennziffern

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Bank betragen zum Jahresende 63,5 Mio. Euro (Vorjahr: 49,4 Mio. Euro). Die deutliche Erhöhung zum Vorjahr resultiert einerseits aus der Gewinnthesaurierung aus dem Jahr 2016, andererseits aber auch aus der Zuführung zum Grundkapital durch den Alleineigentümer i.H.v. 10,0 Mio. Euro.

Die Kapitalquoten gemäß Art. 92 Abs. 2 CRR wurden stets eingehalten. Die Gesamtkapitalkennziffer betrug zum Jahresende 14,2 % (Vorjahr 13,1 %), im Jahresdurchschnitt lag diese bei 12,8 % (Vorjahr 11,4 %). Die Kernkapital- und die harte Kernkapitalkennziffer lag zum Jahresende bei 11,9 % (Vorjahr: 10,4 %).

Im Rahmen des bankaufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Überwachungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) wurden bankindividuelle Aufschläge für die Kapitalquoten festgelegt. Um weiterhin die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen auch im Rahmen der Initiative „Wachstum ermöglichen“ zu gewährleisten, wurden die Eigenmittel (hartes Kernkapital) durch eine Kapitalerhöhung im Dezember 2017 in Höhe von 10,0 Mio. Euro gestärkt.

Die Mindestliquiditätskennzahl von 1,00 nach der Liquiditätsverordnung (LiqV) wurde stets eingehalten. Zum Jahresende lag die Kennziffer bei 3,91 (Vorjahr: 1,84). Des Weiteren ist die Liquidity Coverage Ratio (LCR) als weitere aufsichtsrechtliche Kennziffer einzuhalten. Ab dem 1. Januar 2018 ist diese Kennzahl die einzig einzuhaltende Liquiditätskennzahl, da die Liquiditätsverordnung (LiqV) ab diesem Zeitpunkt für die Bank nicht mehr relevant ist.

Zum Jahresende lag die LCR bei 191 % (Vorjahr 91 %). In 2017 wurde die Mindestkennziffer von 80 % jederzeit eingehalten. Diese Mindestkennziffer steigt ab 1. Januar 2018 auf 100 % an.

Beide Kennzahlen geben das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen innerhalb eines Monats an. Somit wird das Liquiditätsrisiko durch die LiqV und die LCR begrenzt. Die Liquidität eines Kreditinstituts gilt im Sinne der LiqV als ausreichend, wenn die zu ermittelnde Liquiditätskennzahl den Wert eins nicht unterschreitet. Die LCR stellt das aufsichtsrechtlich definierte Stressszenario dar.

Die Zahlungsfähigkeit der Bank war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Organisationsstruktur und Geschäftsprozesse

Die Organisationsstruktur der Bank teilt sich zunächst in die Bereiche Markt und Marktfolge / Betrieb / Unternehmensservice auf. Dem Markt Individualgeschäft sowie Markt Verbundgruppen ist die Marktfolge Aktiv / QSA zugeordnet. Komplettiert wird der Marktbereich durch den Assekuranzservice. Der Bereich Marktfolge / Betrieb / Unternehmensservice unterteilt sich weiter wie folgt: Retailbanking mit dem Vertrieb Finanzkauf, Vertriebssteuerung Finanzkauf, Finanzkaufverwaltung und Kontenverwaltung Passivgeschäft. Betrieb mit Rechnungswesen / Zahlungsverkehr, Meldewesen und Statistik sowie Gesamtbanksteuerung / Berichtswesen. Unternehmensservice mit Projektmanagement, Organisation und EDV / IT.

Es bestehen nach den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben entsprechende Stellen (Risikocontrollingfunktion, Revisionsbeauftragter, Datenschutzbeauftragter, Zentrale Stelle, Compliancefunktion i. S. KWG / MaRisk, Liquiditätsmanagementfunktion i. S. CRR).

Alle Geschäftsprozesse aus den verschiedenen Bereichen sind in dem Organisationshandbuch (OHB) der Bank niedergelegt und dokumentiert.

Gesamtbanksteuerung und Risikomanagement

Das Unternehmensleitbild ist die Grundlage aller Aktivitäten der Bank. Im Unternehmensleitbild, welches 2017 von den Führungskräften der Bank neu gestaltet wurde, hat sich die Bank auf die Bedürfnisse ihrer Kunden ausgerichtet und daraus eine langfristige Unternehmensplanung, welche in der Geschäfts- und Risikostrategie dokumentiert ist, entwickelt.

Strategisches Ziel der Bank ist es, maßgeschneiderte Dienst- und Serviceleistungen anzubieten, um das Kerngeschäft sowohl der Kooperationszentralen – als „Bank der Verbundgruppen“ – als auch der angeschlossenen Partner – als „Bank vom Fach“ – zu fördern und zu stärken. Die Bank ist bekennender Nischenanbieter, der Wert auf Beständigkeit legt und Leistungen mit einem hohen Praxisbezug handlungsorientiert und umsetzungsstark erbringt. Die Akquise von weiteren Verbundgruppen und deren Mitgliedern soll konsequent weiterverfolgt werden.

Durch den engen und intensiven Austausch mit den Kooperationszentralen erwirbt die Bank branchenspezifisches Wissen, dadurch wird die Branchenexpertise immer weiter ausgebaut. Die Erfahrungen aus der Tätigkeit für Verbundgruppen – allen voran der MHK Group – nutzt die Bank, um passgenaue Lösungen für den kooperierenden Fachhandel und das Handwerk für die Zukunft zu gestalten. Zusätzlich wird durch den intensivierten Aufbau neuer Kundenverbindungen, auch außerhalb des mittelständischen Küchen- und Möbelfachhandels, weiterhin eine Risikodiversifikation des Kreditportfolios angestrebt.

Dabei gehört es seitens der Bank zum Verständnis von Partnerschaft und Zusammenarbeit, dass die Entwicklungsreife und Struktur der jeweiligen Kooperation berücksichtigt und zudem eine aktive Unterstützung bei der Weiterentwicklung angeboten wird.

Durch Maßnahmen zur Prozessoptimierung, dauerhafte Investitionen in die IT-Systeme und optimale Nutzung und Fortentwicklung der Mitarbeiterpotenziale werden die organisatorischen Grundlagen für die Erreichung dieser strategischen Ziele geschaffen.

Vor dem Hintergrund der dynamischen Umweltveränderungen wird die Geschäfts- und Risikostrategie mindestens einmal jährlich überprüft und aktualisiert.

Die Geschäfts- und Risikostrategie basiert auf einer einen fünfjährigen Planungszeitraum umfassenden Geschäftsplanung, welche die wesentlichen Ziele in qualitativer und quantitativer Form beinhaltet, und einer konsistent darauf aufbauenden Risikostrategie, die alle relevanten Risiken umfasst.

Auf Basis der in der Geschäfts- und Risikostrategie formulierten Unternehmensziele wird die operative Jahresplanung erstellt. Dazu werden für einzelne Geschäftsfelder Volumen- und Ertragsziele vereinbart. Diese werden monatlich in Form von Soll-Ist-Vergleichen (Geschäftsfeldrechnung) überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Zur Erreichung der Ziele gehört es zu der Kernaufgabe der Bank, bewusst Risiken einzugehen und diese verantwortungsbewusst zu steuern.

Wesentliche Risiken der Bank sind die in den MaRisk genannten Risikoarten Adressenausfallrisiken (Kreditrisiko), Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken.

Darüber hinaus hat der Vorstand keine anderen Risiken als wesentlich für die Bank erkannt. Die Bank leitet ihre wesentlichen Risiken aus einer jährlich durchgeführten Risikoinventur ab, bei der die formale Festlegung der wesentlichen Risiken durch den Vorstand erfolgt. Zur Beherrschung dieser Risiken wurde ein umfassendes Risikomanagement etabliert.

Ziel des Risikomanagements ist, negative Abweichungen von Erfolgs-, Eigenmittel und Liquiditätszielen zu vermeiden. Das Risikofrüherkennungs- und Überwachungssystem ist primär darauf ausgerichtet, Risiken rechtzeitig zu erkennen und gegensteuernde Maßnahmen, falls erforderlich, einzuleiten. Auf Basis von Risikotragfähigkeitsrechnungen wurden für Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken Verlustlimite definiert. Liquiditätsrisiken werden im Rahmen von Stresstests quantifiziert.

Die Controlling-Systeme werden in Zusammenarbeit mit unserem Dienstleistungspartner Fiducia & GAD IT AG betrieben, die Berichterstattung an den Vorstand erfolgt durch den Leiter Gesamtbanksteuerung / Berichtswesen, der gleichzeitig die Leitung der Risikocontrolling-Funktion gemäß den MaRisk wahrnimmt. Zusätzlich überwacht die Interne Revision durch planmäßige Prüfungshandlungen die genutzten Methoden, Abläufe und Berichte.

Das Risikocontrolling beinhaltet die Identifizierung, Quantifizierung und Überwachung der Risiken. Die Ergebnisse, sowie gegebenenfalls weiterführende Analysen werden monatlich veröffentlicht.

Im Rahmen der vierteljährlichen Finanz-, Vertriebs- und Risiko-berichterstattung (Controllingbericht) wird die Risikosituation dargestellt, zukunftsorientiert beurteilt und bei Bedarf werden Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Bei außergewöhnlichen Begebenheiten (z.B. Überschreiten von Limiten, extreme Marktentwicklungen) erfolgt eine Ad-hoc-Berichterstattung

außerhalb des normalen Turnus an die Entscheidungsträger. Somit kann die Bank frühzeitig mit geeigneten Maßnahmen auf Veränderungen reagieren.

Die Interne Revision prüft jährlich den Bereich Gesamtbanksteuerung und das Risikomanagementsystem.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft wird sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch auf Portfolioebene gesteuert.

Die einzelgeschäftsbezogene Steuerung erfolgt durch die Kreditmarktfolgen und die Vertriebsseinheiten auf Basis bestehender Arbeitsanweisungen und entsprechender Kompetenzregelungen. Zur Verbesserung der objektiven Bonitätseinschätzung werden sowohl Ratingsysteme als auch Scoringverfahren eingesetzt. Als Ergebnis des Bonitätsbeurteilungsprozesses wird dem Kunden ein Rating zugeordnet und wiederum jedem Rating eine Ausfallwahrscheinlichkeit.

Die Bank nutzt unter anderem das Ratingsystem IMMO VR-Rating der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank AG (DG Hyp). Dieses wird für angeschlossene Anwenderbanken nicht validiert, jedoch hat die DG Hyp für ihre Ratingsysteme die Zulassung von der BaFin erhalten. Aufgrund der regelmäßigen Validierung bei der DG Hyp und der hohen Anzahl von jährlichen Ratings halten wir die dabei ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeiten für valide und auch für die Bank zutreffend.

Ähnlich verhält es sich mit dem von der Bank noch teilweise genutzten BVR-I Rating. Dieses wird seitens des Anbieters nicht mehr validiert. Hier ergreift die Bank Maßnahmen, um den Bestand an entsprechend gerateten Kunden zu reduzieren. Zudem wird in 2018 ein Projekt fortgeführt, um die betroffenen Bestände, welche nicht in validiertes Ratingsystem übergeben werden können, in ein noch zu entwickelndes, bankindividuelles Ratingsystem zu integrieren.

Auswirkungen aus abweichenden Ausfallwahrscheinlichkeiten schätzt die Bank derzeit als sehr gering ein. Hier wird im

Rahmen des regelmäßigen Berichtswesens (primär: Kreditrisikobericht) sowie der regelmäßigen Ergebnisvorschaurechnung eine enge Beobachtung gewährleistet, um auf etwaige negative Abweichungen schnell reagieren zu können.

Die Kreditinanspruchnahme, die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der Wert der Sicherheiten werden laufend überwacht. Informationen, die sich hieraus ergeben, werden umgehend verarbeitet, beispielsweise durch Änderung der Risikoklassifizierung. Mithilfe des Frühwarnsystems werden überzogene oder auf eine Überziehung zulaufende Kontokorrentkonten sowie weitere Indikatoren maschinell selektiert. Somit können Adressenausfallrisiken frühzeitig erkannt werden und konkrete Einzelmaßnahmen zum Abbau von akuten und zur Vermeidung von potenziellen Überziehungen ergriffen werden.

Problembehaftete Engagements werden frühzeitig der Intensivbetreuung zugeführt und unterliegen damit einer strengen Überwachung. Die Betreuung problembehafteter Engagements sowie die Sicherheitenbewertung und Engagementabwicklung von gekündigten bzw. insolventen Krediten erfolgt in der Organisationseinheit Sanierung/ Abwicklung.

Auf Gesamtportfolioebene stehen bei der Identifizierung und Steuerung der Risiken Bonitätsstrukturen, Größenklassen, Blankoanteile und Risikokonzentrationen im Vordergrund. Risikokonzentrationen werden im Rahmen der Stresstests berücksichtigt. Verlust- bzw. Volumenslimite dienen der Einleitung risikosteuernder Maßnahmen. Zur Bewertung und Steuerung des Adressenausfallrisikos auf Portfolioebene setzt die Bank das Kreditportfoliomodell aus dem VR-Control Modul KRM ein. Dabei handelt es sich um ein Branchen-Ratingklassen-Korrelationsmodell in Kombination mit einem Ein-Sektor-CreditRisk+-Modell im Ausfallmodus, welches sämtliche Ausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft berücksichtigt.

Datengrundlagen sind zum einen kreditnehmerspezifische Daten wie das ausfallgefährdete Exposure (Kreditvolumen abzgl. Sicherheiten und Wertberichtigungen), die Branchenzugehörigkeit und die aus dem Kundenrating resultierende individuelle Ausfallwahrscheinlichkeit.

Zum anderen werden aus den Insolvenzreihen des Statistischen Bundesamtes branchenspezifische Ausfallwahrscheinlichkeiten und Korrelationen zwischen den einzelnen Branchen abgeleitet und in das Modell einbezogen. Das Kreditportfoliomodell liefert eine Aussage über die statistische Verlustverteilung des Portfolios in Form des erwarteten und unerwarteten Verlustes (Value at Risk). Die Risikoeermittlung erfolgt mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % und einer Haltedauer von 250 Tagen (1 Jahr).

Im Bereich der Kredite an Unternehmen nach Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten ist der Anteil der drei größten Branchen wie folgt:

BRANCHE	BERICHTS-STICHTAG	VORJAHR
GROSS- UND EINZELHANDEL, REPARATUREN	34,1 %	33,8 %
GRUNDSTÜCK-, WOHNUNGSWESEN	33,6 %	32,3 %
BAUWERBE	14,0 %	11,7 %

Die Kredite an Privatkunden stellen nach Berücksichtigung werthaltiger Sicherheiten stabile 38,4 % (Vorjahr 38,7 %) des gesamten Kundenkreditportfolios dar. Mit der vorliegenden Diversifizierung ist eine ausreichende Granularität im Kundenportfolio gegeben.

Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft werden auf Einzelgeschäftsebene durch Überprüfung auf Einhaltung von Emittenten- und Kontrahentenlimiten sowie der Überwachung der Bonitätsveränderungen durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/ Berichtswesen gesteuert. Risikokonzentrationen werden im Rahmen der Stresstests berücksichtigt.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen bei der Bank in Form von Zinsänderungsrisiken, also das Risiko negativer Auswirkungen von Marktzinsschwankungen auf den Erfolg beziehungsweise die Vermögenswerte der Bank. Die Messung der Zinsänderungsrisiken erfolgt mithilfe der dynamischen Zinselastizitätenbilanz.

Ausgehend von der aktuellen Zinsstruktur werden Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung auf Basis von verschiedenen Zinsszenarien (Standard- und Stressszenarien für steigende, fallende, steilere und flachere Zinskurven sowie zwei hypothetische Szenarien) rollierend für zwölf Monate simuliert und analysiert.

Darüber hinaus wird monatlich das Zinsänderungsrisiko barwertig mit den von der Aufsicht aktuell vorgegebenen Zinsschocks von +/-200 Basispunkten gemessen. Die regulatorisch vorgeschriebene Berechnung des Zinsänderungsrisikos lag im gesamten Jahresverlauf weit unterhalb der Grenze von 20 % des haftenden Eigenkapitals und somit jederzeit innerhalb des regulatorisch vorgegebenen Rahmens.

Zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene werden Festzinszahlerswaps eingesetzt.

Währungsgeschäfte beschränken sich auf Devisenkassageschäfte, die stets durch entsprechende Gegengeschäfte bei der DZ Bank abgesichert werden. Die Bank hat somit nur geschlossene Devisenpositionen, aus denen keine Marktpreis- und Währungsrisiken entstehen können. Fremdwährungsverbindlichkeiten gegenüber Kunden sind durch entsprechende Fremdwährungsforderungen gegenüber Banken gedeckt.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, dass die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Bank nicht gegeben ist, weil die benötigten Finanzmittel nicht zur Verfügung stehen. Neben der Gefahr, gegenwärtige oder zukünftige Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen zu können, besteht zusätzlich das Risiko, dass die Refinanzierungskosten aufgrund einer negativen Änderung der Bonität der Bank und damit steigenden Bonitäts-spreads und/oder einer veränderten Liquiditätslage des Geld- und Kapitalmarktes steigen (Refinanzierungsrisiko).

Das Liquiditätsrisiko umschließt folgende Risikoarten:

Refinanzierungsrisiko

Als Refinanzierungsrisiko wird das Risiko einer Anschlussfinanzierung zu erhöhten Konditionen gesehen. Ein Refinanzierungsrisiko ergibt sich insbesondere aus der betriebenen Fristentransformation. Es handelt sich insoweit um ein Ertragsrisiko und weniger um ein Liquiditätsrisiko im engeren Sinne.

Abrufisiko

Das Abrufisiko stellt das Risiko eines kurzfristigen Liquiditätsbedarfes aufgrund unerwarteter Liquiditätsabflüsse dar. Liquiditätsabflüsse können dabei sowohl aus dem Einlagengeschäft als auch aus dem Kreditgeschäft (in Form der Inanspruchnahme offener Kreditzusagen) resultieren.

Liquiditätsanspannungsrisiko

Das Risiko, dass mangels ausreichender Marktliquidität Liquidationen erschwert werden und/oder erforderliche Anschlussfinanzierungen nicht durchgeführt werden können.

Terminrisiko

Das Terminrisiko stellt im Gegensatz zum Abrufisiko das Risiko dar, dass die erwartete Liquidität zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht verfügbar ist.

Seitens der Abteilung Gesamtbanksteuerung/ Berichtswesen wird täglich über die zu erwarteten Zu- und Abflüsse (pro Bankarbeitstag) in den nächsten 30 Tagen berichtet und ggf. werden Handlungsmaßnahmen vorgeschlagen. Die tägliche Übersicht dient der Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit im kurzfristigen Bereich. Dabei wurden die aufsichtsrechtlichen Grundlagen (Liquiditätsverordnung und LCR) jederzeit eingehalten.

Des Weiteren wird monatlich das Refinanzierungsrisiko ermittelt, indem der Refinanzierungsbedarf auf Basis der aktuellen Geldmarktkurve zuzüglich Risikoaufschlägen in Höhe von +100 BP im historischen Stress (Vorjahr +25 BP) und +200 BP im hypothetischen Stress (Vorjahr +155 BP) berechnet wird. Wenn die sich aus dem Risikoaufschlag ergebenden Refinanzierungskosten an drei Monaten hintereinander 5 % des Betriebsergebnisses vor Bewertung übersteigen, werden die Risikokosten in der Risikotragfähigkeitsberechnung berücksichtigt.

Im Berichtsjahr lag das Refinanzierungsrisiko unter dieser Grenze. Wesentliche Refinanzierungsquellen der Bank sind die Kundeneinlagen, welche sich größtenteils aus Sicht- und Termineinlagen zusammensetzen.

Operationelle Risiken

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken und dolose Handlungen ein.

Im Bereich der operationellen Risiken sind für die Bank folgende Risikoarten von grundsätzlicher Relevanz:

- 🚩 **Interner Betrug**
- 🚩 **Externer Betrug**
- 🚩 **Beschäftigungspraxis und Arbeitsplatzsicherheit**
- 🚩 **Sachschäden**
- 🚩 **Geschäftsunterbrechungen und Systemausfälle**
- 🚩 **Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten**
- 🚩 **Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement**
- 🚩 **Auslagerungen**

Das innerbetriebliche Überwachungssystem trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und soweit wie möglich zu begrenzen. Der Aufwand für entsprechende Maßnahmen (z.B. organisatorische Regelungen, Versicherungen) soll hierbei in einem vertretbaren Verhältnis zu den vermeidbaren Verlusten stehen.

Operationelle Risiken in den Geschäftsprozessen werden unter anderem durch die schriftlich fixierte Ordnung begrenzt. Diese enthält für alle Geschäftsfelder und wesentliche Prozesse der Bank Ablaufbeschreibungen und Kompetenzregelungen.

Die Steuerung von personalbedingten operationellen Risiken erfolgt zunächst durch die Planung der erforderlichen Personalquantität und -qualität im Rahmen der Geschäftsstrategie.

Die notwendige Personalqualität wird einerseits durch ein sorgfältiges Auswahlverfahren bei den Stellenbesetzungen und andererseits durch eine kontinuierliche Weiterbildung gewährleistet.

Die Absicherung gegen **rechtliche Risiken** erfolgt vorrangig durch die Verwendung standardisierter und rechtlich abgesicherter Verträge und Formulare, die entsprechend der Entwicklung der Rechtsprechung kontinuierlich aktualisiert werden. Sämtliche individuellen Verträge sowie Vereinbarungen werden einer rechtlichen Würdigung unterzogen.

Das Management der **Risiken im IT-Bereich** liegt in der Verantwortung der Abteilung Unternehmensservice. Aufbauend auf der IT-Strategie besteht ein Regelwerk für die Beschaffung und Einführung von Hard- und Software sowie die Einhaltung von Sicherheitsstandards. Der IT-Betrieb von wesentlichen Anwendungen der Bank ist an die Fiducia & GAD IT AG ausgelagert, welche über die erforderlichen Ersatzsysteme, Störfallkonzepte und Notfallpläne verfügt.

Weitere IT-Anwendungen werden in gesicherten Räumen bzw. in einem zertifizierten Rechenzentrum betrieben. Räumlich getrennte Backup-Systeme befinden sich in einem getrennten Gebäudeteil. Für den Ausfall aller kritischen Prozesse existieren Notfallpläne, Räumlichkeiten mit Ausweicarbeitsplätzen stehen zur Verfügung.

Zur Begrenzung der Risiken aus der Auslagerung von wesentlichen Aktivitäten und Prozessen wurde ein einheitlicher Rahmen für die Behandlung von Auslagerungen definiert. Kernelemente zur Minimierung von Risiken im Zusammenhang mit den Auslagerungen sind eine Risikoanalyse sowie ein ausreichendes Auslagerungsmanagement.

Zur systematischen Analyse von Schadensfällen wird seitens der Bank eine Schadensfalldatenbank geführt.

Sonstige Risiken

Neben den vier aufsichtsrechtlich als wesentlich eingestuften Risikoarten (Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiko, sowie operationelles Risiko) können folgende weitere Risikoarten für die Bank wesentlich sein.

Reputationsrisiken

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr möglicher Schäden an dem Ruf der Bank und das damit verbundene Risiko beziehungsweise die Auswirkung auf unsere Erträge, Kapital oder Liquidität. Dazu zählen Imageverluste in der Öffentlichkeit sowie bei Kunden und Geschäftspartnern der Bank. Eine laufende Überwachung erfolgt durch den Vorstand durch Zeitungs- und Internetrecherche. Darüber hinaus ist jede Mitarbeiterin / jeder Mitarbeiter verpflichtet, im Rahmen seiner / ihrer Tätigkeit wachsam zu sein, um jegliche mögliche Ursachen für das Reputationsrisiko zu erkennen und diese gemäß diesem Rahmenwerk zu adressieren.

Der Vorstand steuert Reputationsrisiken über einen qualitativen Ansatz und steht dabei im engen Kontakt mit den relevanten Abteilungen. Geschäfte und Geschäftsbeziehungen, bei denen Nachhaltigkeitsaspekte eine wesentliche Rolle spielen, werden intensiv recherchiert, analysiert und mit einer differenzierten Bewertung versehen, die bis zur Ablehnung des entsprechenden Geschäfts beziehungsweise bis zur Beendigung der Geschäftsbeziehung führen kann.

Projektrisiken

Jedes Projekt beinhaltet aufgrund möglicher Komplexität zwangsläufig diverse Projektrisiken. Diese sind mögliche negative Abweichung im Projektverlauf gegenüber der Projektplanung durch Eintreten von ungeplanten oder Nicht-Eintreten von geplanten Ereignissen oder Umständen, wodurch bspw. weiterer Aufwand entstehen kann.

Modellrisiken

Die von uns zur Steuerung und Risikomessung eingesetzten Modelle bilden die Realität nur vereinfachend ab. Daraus können Gefahren in der Form entstehen, dass Steuerungsnotwendigkeiten und/oder Risiken nicht erkannt werden, welche zu unvorhergesehenen Belastungen führen. In diesem Zusammenhang ist ein Modell definiert als eine quantitative Methode, ein System oder ein Ansatz in Verbindung mit statistischen, wirtschaftlichen, finanziellen oder mathematischen Theorien, Techniken und Annahmen zur Verarbeitung von Daten, die in quantitative Schätzungen einfließen. Die Grundprinzipien der Modellrisikosteuerung sind die Identifizierung und Vermeidung von Modellrisiken sowie die angemessene Berücksichtigung bekannter Modellrisiken (zum Beispiel durch konservative Kalibrierung oder Berücksichtigung von Modellreserven). Nicht bekannte und daher nicht abwendbare bzw. abschwächbare Modellrisiken werden als inhärentes Risiko des Geschäftsmodells der Bank in Kauf genommen.

Risiken aus Pensionsverpflichtungen

Zu den Risiken aus Pensionsverpflichtungen gehören folgende Gefahren:

- 🔻 **Veränderungen der für die Berechnungen hinterlegten Zinskurven**
- 🔻 **Veränderungen der finanzmathematischen Grundlagen für die Berechnung**

Je nach Ausprägung der genannten Veränderungen kann für die Bank eine Zuführungspflicht zu den bestehenden Pensionsrückstellungen und damit eine GuV-Belastung entstehen.

Geschäftsrisiken

Das Geschäftsrisiko ist das Risiko eines potenziellen Ergebnisrückgangs durch Ertrags- und/ oder Aufwandsabweichungen gegenüber den geplanten Werten. Es beinhaltet nach unserer Definition unter anderem die Teilrisiken strategisches Risiko, Vertriebs-, Produktivitäts- und das Planungsrisiko. Hier erfolgt keine qualitative Einschätzung, sondern eine quantitative Ermittlung. Das schlagend werdende Geschäftsrisiko zeigt sich in der Summe vor allem im Betriebsergebnis vor Bewertung.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur erfolgte in 2017 eine Überprüfung der genannten Risiken auf Wesentlichkeit. Das Ergebnis ist, dass aktuell keine weiteren wesentlichen Risiken bestehen.

Risikotragfähigkeit / Risikolage

Risikotragfähigkeit wird verstanden als die Fähigkeit der Bank, schlagend werdende Risiken aus eigenen Mitteln auffangen zu können; sie findet ihren quantitativen Ausdruck in der Gegenüberstellung der Risikodeckungsmasse zu den ermittelten Risiken / Risikopotenzialen. Gemäß ihrem Risikotragfähigkeitskonzept betrachtet die Bank unterschiedliche Szenarien (Risikoszenario, historische Stress- und hypothetische Stressszenarien).

Bei der GuV-orientierten Risikotragfähigkeit folgt die Bank einem Fortführungsansatz (Going-Concern-Ansatz), d.h., auch bei Eintritt der Risiken ist die Fortführung der Geschäftstätigkeit gewährleistet.

Die zur Verfügung gestellte Risikodeckungsmasse umfasst nur solche Mittel, deren Verzehr die Fortführung der Geschäftstätigkeit nicht gefährden würde. Die Risikodeckungsmasse der Bank unterteilt sich dabei in zwei Positionen: zum einen in die Risikodeckungsmasse aus dem Ergebnis, zum anderen in die Risikodeckungsmasse aus der Substanz.

Bisher wurde die komplette Risikodeckungsmasse aus dem Ergebnis angesetzt (aufgelaufenes Ergebnis bis zum Stichtag zzgl. Planergebnis bis zum Jahresende), was implizit zur Folge hatte, dass auch ein Abzugsposten für eventuelle Planabweichungen (bisher Tsd. € 495, resultierend aus der Risikoinventur) benötigt wurde.

Ab dem Stichtag 31. Dezember 2017 hat die Bank methodische Anpassungen in der Herleitung der Risikodeckungsmasse vorgenommen.

Dementsprechend setzt die Bank ab diesem Stichtag nun für die Risikodeckungsmasse aus dem Ergebnis nur noch das bis zum Stichtag aufgelaufene Ergebnis (Betriebsergebnis vor Steuern) an und benötigt daher auch keinen Abzugsposten für eventuelle Planabweichungen mehr. In Konsequenz dessen wird nun auch im GuV-Risikotableau beim Adressrisiko aus dem Kundengeschäft nur noch auf den unerwarteten Verlust limitiert, da der erwartete Verlust bereits implizit im aufgelaufenen Ergebnis enthalten ist.

Der neu gewählte Ansatz, stellt aus Sicht der Bank eine Vereinfachung dar, da die Bank grundsätzlich auf den Einsatz von Planzahlen bei der Herleitung der Risikodeckungsmasse verzichten kann. Zudem trägt der Verzicht der Einbeziehung von Planzahlen zur besseren Nachvollziehbarkeit und Erhöhung der Genauigkeit bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse bei. Unterstützt wird die methodische Änderung bei der Herleitung der Risikodeckungsmasse, durch eine verbesserte Eigenmittelausstattung im Rahmen einer im Dezember 2017 aufsichtsrechtlich genehmigten und durchgeführten Kapitalerhöhung von 10,0 Mio. Euro.

Die Risikodeckungsmasse aus der Substanz setzt sich aus dem Eigenkapital, den Vorsorgereserven nach § 340f HGB, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB abzüglich den aktivierten immateriellen Vermögensgegenstände zusammen.

Von der Risikodeckungsmasse wird der Risikopuffer abgezogen. Der Risikopuffer setzt sich aus den aufsichtsrechtlich gebundenen Eigenmitteln (unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Kapitalaufschläge inkl. einem SREP-Aufschlag i.H.v. 1,00 %) und einem eventuellen Abzugsposten für die sonstigen wesentlichen Risiken zusammen. Dieser Abzugsposten für die sonstigen wesentlichen Risiken ist bei der Bank derzeit 0,00 €.

Aus der Risikodeckungsmasse leitet der Vorstand Teillimite für die Adress-, Marktpreis- und sonstige wesentliche Risiken ab. Die Summe dieser Teillimite ergibt das Gesamtbank-Limit der Bank. Dabei wird nicht die komplette verfügbare Risikodeckungsmasse ins Risiko gestellt. Im Rahmen der monatlichen Berichterstattung wird der Vorstand über die Limitauslastungen unterrichtet. An den Aufsichtsrat wird mindestens vierteljährlich berichtet.

Die periodische Risikotragfähigkeit stellt sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:

POSITION	RISIKO-SZENARIO TSD. €	HISTORISCHER STRESS TSD. €	HYPOTHE- TISCHER STRESS TSD. €
+ RISIKODECKUNGSMASSE /. RISIKOPUFFER	61.991 36.580	61.991 36.580	61.991 36.580
= ZUR VERFÜGUNG STEHENDE RISIKODECKUNGSMASSE	25.411	25.411	25.411
DAVON ALS GESAMTBANK LIMIT GENUTZT	5.600	7.000	15.000
= FREIE, UNGE- NUTZTE RISIKO- DECKUNGSMASSE	19.811	18.411	10.411

Für das Risikoszenario ist das Risikolimit wie folgt auf die einzelnen Risikokategorien verteilt.

RISIKOKATEGORIE	LIMIT TSD. €	MAXIMALES RISIKOSZENARIO TSD. €
MARKTPREISRISIKO	300	159
ADRESSENRIKSIKO	5.000	3.413
OPERATIONELLE RISIKEN	300	212
SUMME DER TEILLIMITE (=GESAMTBANKLIMIT)	5.600	3.784

Das Limit für die Marktpreisrisiken wurde per 31. Dezember 2017 von bisher Tsd. € 500 auf nun Tsd. € 300 gesenkt, um bessere Steuerungsimpulse zu erhalten. Die gleiche Intention hat die Senkung der Limite für die operationellen Risiken von bisher Tsd. € 500 auf nun Tsd. € 300. Im Adressenrisiko werden nun konsequenterweise nur noch die unerwarteten Verluste in die Risikoberechnung mit einbezogen, da sich die erwarteten Verluste pro rata temporis im Betriebsergebnis vor Steuern zeigen und damit implizit Berücksichtigung finden. Das Limit wurde daher von bisher Tsd. € 8.500 unter Berücksichtigung des geplanten Kreditwachstums auf Tsd. € 5.000 gesenkt.

Für die historischen Stress- und hypothetischen Stressszenarien werden keine Teillimite vergeben, hier wird nur das definierte Gesamtbanklimit betrachtet.

RISIKOKATEGORIE	LIMIT TSD. €	MAXIMALES RISIKOSZENARIO TSD. €
MARKTPREISRISIKO	343	- 375
ADRESSENRIKSIKO	4.253	9.430
OPERATIONELLE RISIKEN	408	516
SUMME	5.004	9.571
GESAMTBANK-RISIKOLIMIT	7.000	15.000
AUSLASTUNG IN %	71,5 %	63,8 %

Werte mit negativen Vorzeichen sind Chancen. Sie können bspw. durch Veränderung der Zinsstrukturkurven in den Szenarien entstehen.

Zusätzlich zur GuV-orientierten Darstellung führt die Bank monatlich eine barwertige Risikotragfähigkeitsberechnung (sekundärer Steuerungskreis) nach dem Gläubigerschutzansatz (Gone-Concern-Ansatz) durch, um insbesondere die Steuerung der Zins- und Kursänderungsrisiken angemessen durchführen zu können.

Interne Revision

Die Funktion der Internen Revision ist an die AWADO Deutsche Audit GmbH - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft - in Neu-Isenburg ausgelagert. Mittels dieser Auslagerung ist gewährleistet, dass alle Bereiche der Bank durch Spezialisten geprüft werden.

Die Interne Revision ist ein wesentlicher Bestandteil des internen Kontrollsystems (iKS) der Bank. Sie nimmt ihre Aufgaben nach den standesüblichen Vorgaben (z. B. Prüfungsstandards des IDW) und den jeweils aktuellen Regelungen aus den Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute (MaRisk) wahr.

Personal

Zum 31. Dezember 2017 wurden 61 (2016: 57) Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter in Vollzeit (inkl. Vorstand) und 5 (2016: 5) Mitarbeiterinnen in Teilzeit beschäftigt. Die Vergütungsstruktur ist angelehnt an den Tarifvertrag des privaten Bankgewerbes. Bei ca. 1/3 der Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter bestehen neben dem Fixgehalt variable Vergütungsbestandteile. Es bestehen keine Geschäftsaktivitäten, die die Eingehung unverhältnismäßig hoher Risikopositionen beinhaltet und daraus abgeleitet sind keine extrem hohen variablen Vergütungsbestandteile möglich.

Qualifiziertes und motiviertes Personal ist im Wettbewerb ein entscheidender Erfolgsfaktor. Durch permanente Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter baut die Bank das Expertenwissen als spezialisierte Bank vom Fach kontinuierlich aus und sichert sich auf diese Weise Wettbewerbsvorteile. Die Bank hat im Berichtsjahr ein webbasiertes e-Recruiting- und Bewerbermanagementsystem eingeführt. Dieses wird immer mehr von externen Bewerbern genutzt.

Bei Neubesetzungen von Stellen ist der Vorstand direkt in die Personalauswahl eingebunden. Die Vergütungsstruktur richtet sich nach dem jeweiligen Aufgabengebiet der Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter.

Einlagensicherung

Die Bank ist der Einlagensicherung des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. angeschlossen und der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH zugewiesen.

III. PROGNOSEBERICHT

Prognose für die weitere Entwicklung der CRONBANK

Die Bank kann sich den steigenden regulatorischen Anforderungen nicht entziehen (MaRisk vom 27. Oktober 2017, Basel IV, Ana-Credit, usw.) und wird die weiteren Entwicklungen genau beobachten, um weiterhin schnell auf Änderungen reagieren zu können. Es wird damit gerechnet, dass der zu leistende Aufwand für die Einhaltung der Regulatorik noch weiter ansteigt.

Die erhöhten Eigenkapitalanforderungen aus Kapitalerhaltungspuffern, SREP usw. werden bereits jetzt eingehalten. Die zukünftige Einhaltung der Eigenkapitalanforderungen soll bei einem geplanten Wachstum im bilanziellen Kundenkreditgeschäft für 2018 in Höhe von ca. 9 % und für die Folgejahre von durchschnittlich ca. 5 % durch die weiterhin vollständige Thesaurierung der erwirtschafteten Gewinne erreicht werden. Im Bedarfsfall sollen weitere Kapitalerhöhungen durch den Alleinaktionär oder die Aufnahme weiterer aufsichtsrechtlich anerkannter nachrangiger Einlagen erfolgen.

Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten, vor allem im Rahmen der Positionierung als Bank der Verbundgruppen sowie in der Immobilienfinanzierung für Kapitalanleger und Investoren, bietet der Bank die Chance, im Geschäftsfeld Individualgeschäft weiterhin zu wachsen. Das Individualkundengeschäft ist das volumens- und ertragsstärkste Geschäftsfeld der Bank. Wir wollen durch effizientere Prozesse und Arbeitsabläufe unsere Vertriebsleistung und Qualität noch weiter erhöhen und damit die Außenwirkung stärken. Die Strukturierung von Finanzierungskonzepten unter Einbindung von Meta-Kreditpartnern wollen wir ausbauen, um attraktive und bonitätsmäßig „starke“ Kunden zukünftig besser an unser Haus zu binden und zu gewinnen.

WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Der Umbau der CRONBANK zur Bank der Verbundgruppen wird weiter konsequent verfolgt und hat dementsprechende positive Auswirkungen auf das Geschäftsfeld „Verbundgruppen“. Die Entwicklung dieses Geschäftsfeldes zeigt, dass es immer besser gelingt, das etablierte Kerngeschäftmodell aus den MHK Verbandsstrukturen bei anderen Verbundgruppen, Systemzentralen und Großhandelsstrukturen zu implementieren. Auch in Zukunft sollen weitere potenzielle Kunden zu beiderseitigem Nutzen angesprochen und akquiriert werden. Dieses Geschäftsfeld Erfolg wird aus heutiger Sicht auch in Zukunft ein Standbein der Bank sein und sollte unter anderem von der erwarteten konservativpositiven Entwicklung des privaten Konsumverhaltens im Finanzkauf profitieren.

Im Assekuranzbereich ist geplant, aus den Bestandsprovisionen eine stabile Basis für die wirtschaftliche Entwicklung des Bereichs Assekuranzservice zu generieren. Daher liegt der Fokus auf der Erhöhung des Durchdringungsgrades in den MHK Verbänden und der Einführung und vertrieblichen Umsetzung von Deckungskonzepten bei neuen Kooperationspartnern im gewerblichen Kompositgeschäft. Daneben wird durch konsequente Nutzung von Cross-Selling-Ansätzen sowohl aus den Vertriebsaktivitäten innerhalb der Bank als auch aus der MHK Group ein Schwerpunkt auf die Schaffung von Produktlösungen gesetzt, die den Absatz beim Verbundgruppenpartner fördern sollen.

Das Segment der Personenversicherung birgt aus Sicht der Bank trotz der strukturellen Schwierigkeiten auch weiterhin Geschäftspotenzial, insbesondere in den Schwerpunktfeldern Biometrie (Berufsunfähigkeit, Todesfall) und Betriebliche Altersversorgung.

Für das Geschäftsjahr 2018 erwartet die Bank unter den zuvor geschilderten Annahmen ein zufriedenstellendes Ergebnis (Betriebsergebnis vor Bewertung geplant 2018: 6,495 Mio. Euro). Um das avisierte Wachstum realisieren zu können, wurden zusätzliche Personalkapazitäten im Vertrieb und der Marktfolge geschaffen. Mit dem geplanten Wachstum einhergehend werden erwartungsgemäß auch die Personal- und Sachaufwendungen steigen. Die erhöhten Aufwendungen werden jedoch durch höhere Erträge aus dem erwarteten Bestandswachstum überkompensiert. Voraussichtlich wird die Aufwands- und Ertragsrelation in 2018 gegenüber dem Vorjahr dennoch gering ansteigen (geplant 2018: 61,1 %).

In der Planung für 2018 wird wieder von einem negativen Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft ausgegangen, welches sich aus der Anwendung des Risikoansatzes im Rahmen des Kreditportfoliomodells ergibt und welches den erwarteten Anstieg im Kundenkreditgeschäft berücksichtigt (geplanter erwarteter Verlust 2018: 4,377 Mio. Euro).

Risiken, die den Bestand des Unternehmens gefährden oder die zukünftige Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

IV. NACHTRAGSBERICHT

Besondere Vorkommnisse nach dem Abschlussstichtag, die Einfluss auf die Vermögens- und Ertragslage haben, sind nicht aufgetreten.

V. ERKLÄRUNG NACH § 312 ABS. 3 AKTG

Die Bank hat gemäß § 312 Aktiengesetz einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) aufgestellt.

Der Vorstand hat nach § 312 Abs. 3 Aktiengesetz erklärt:

„Bei allen Rechtsgeschäften, die im Berichtsjahr 2017 mit dem beherrschenden Gesellschafter sowie den mit ihm verbundenen Unternehmen getätigt wurden, hat die CRONBANK AG eine angemessene Gegenleistung erhalten. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren. Maßnahmen wurden weder getroffen noch unterlassen.“

Dreieich, 8. März 2018

Wolfgang Becker

Frank Bermbach

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 14. März 2018 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die CRONBANK Aktiengesellschaft, Dreieich

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der CRONBANK Aktiengesellschaft, Dreieich, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der CRONBANK Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und

vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht war folgender Sachverhalt am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft

Unsere Darstellung dieses besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir den besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft

1. Sachverhalt und Problemstellung

Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ Kreditforderungen in Höhe von 447,9 Mio. Euro (75 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Für das Kreditportfolio besteht zum 31. Dezember 2017 eine bilanzielle Risikovorsorge bestehend aus Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen. Die Bemessung der Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft wird insbesondere durch die Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, die Struktur und Qualität der Kreditportfolios sowie gesamtwirtschaftliche Einflussfaktoren bestimmt. Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bei den Kundenforderungen entspricht der Differenz zwischen dem noch ausstehenden Kreditbetrag und dem niedrigeren Wert, der ihm am Abschlussstichtag beizulegen ist. Bestehende Sicherheiten werden berücksichtigt. Die Wertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft sind zum einen betragsmäßig für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft von hoher Bedeutung und zum anderen mit erheblichen Ermessensspielräumen der gesetzlichen Vertreter verbunden. Darüber hinaus haben die angewandten, mit wesentlichen Unsicherheiten behafteten Bewertungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf die Bildung bzw. die Höhe gegebenenfalls erforderlicher Wertberichtigungen. Vor diesem Hintergrund war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst die Angemessenheit der Ausgestaltung der Kontrollen im relevanten internen Kontrollsystem der Gesellschaft beurteilt und die Funktionsfähigkeit der Kontrollen getestet. Dabei haben wir die Geschäftsorganisation, die IT-Systeme und die relevanten Bewertungsmodelle berücksichtigt. Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Kundenforderungen, einschließlich der Angemessenheit geschätzter Werte, auf der Basis von Stichproben von Kreditengagements beurteilt. Dabei haben wir unter anderem die vorliegenden Unterlagen der Gesellschaft bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der Werthaltigkeit der entsprechenden Sicherheiten gewürdigt. Bei Objektsicherheiten, für die uns die Gesellschaft Wertgutachten vorgelegt hat, haben wir uns ein Verständnis über die zugrundeliegenden Ausgangsdaten, die angewandten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen. Ferner haben wir zur Beurteilung der vorgenommenen Einzel- und Pauschalwertberichtigung die von der Gesellschaft angewandten Berechnungsmethoden sowie die zugrundeliegenden Annahmen und Parameter gewürdigt. Auf Basis der von uns durchgeführten Prüfungshandlungen konnten wir uns insgesamt von der Angemessenheit der bei der Überprüfung der Werthaltigkeit des Kreditportfolios von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen sowie der Angemessenheit und Wirksamkeit der implementierten Prozesse der Gesellschaft überzeugen.

3. Verweis auf weitergehende Informationen

Die Angaben der Gesellschaft zur Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft sind auf Seite 1 des Anhangs enthalten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen

Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den

deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- 7 beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- 7 ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- 7 beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- 7 beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- 7 führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 22. März 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 30. August 2017 vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2003 als Abschlussprüfer der CRONBANK Aktiengesellschaft, Dreieich, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem „zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss“ nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Christoph Theobald.

JAHRESBILANZ

ZUM 31. DEZEMBER 2017
AKTIVSEITE

	GESCHÄFTSJAHR			VORJAHR
	€	€	€	Tsd. €
1. Barreserve				
Guthaben bei Zentralnotenbanken		128.487.082,30		43.773
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	128.487.082,30	20.433.100,03		(43.773)
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		20.433.100,03		10.031 0
3. Forderungen an Kunden			447.865.940,80	383.636
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	260.284.019,73			(217.986)
Kommunalkredite	7.598.764,92			(0)
4. Beteiligungen		50,00		0
5. Immaterielle Anlagewerte			98.013,43	42
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solche Rechten und Werten		98.013,43		42
6. Sachanlagen		16.965,00		19
7. Sonstige Vermögensgegenstände		174.154,02		178
8. Rechnungsabgrenzungsposten		155.968,03		144
Summe der Aktiva		597.231.273,61		437.822

JAHRESBILANZ

ZUM 31. DEZEMBER 2017
PASSIVSEITE

	GESCHÄFTSJAHR			VORJAHR
	€	€	€	Tsd. €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		105.572,30		10
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	44.183.498,70	44.289.071,00		34.309
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	4.009.779,19			3.702
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	578,90	4.010.358,09		1
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig				129.339
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	184.630.674,56			
	286.093.620,89	470.724.295,45	474.734.653,54	208.378
3. Sonstige Verbindlichkeiten			601.712,48	1.022
4. Rechnungsabgrenzungsposten			3.127.437,62	2.906
5. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		696.109,00		663
b) Steuerrückstellungen		630.586,11		265
c) andere Rückstellungen		5.226.880,16	6.553.575,27	4.352
6. Nachrangige Verbindlichkeiten			9.300.000,00	9.300
7. Fonds für allgemeine Bankrisiken			10.000.000,00	8.000
8. Eigenkapital				
a) Gezeichnetes Kapital		30.000.000,00		
b) Kapitalrücklage		919.513,28		20.000
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	960.000,00			0
cd) andere Gewinnrücklagen	16.745.000,00	17.705.000,00		920
d) Bilanzgewinn		310,42		800
			48.624.823,70	13.855 2
Summe der Passiva			597.231.273,61	437.822
1. Eventualverbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	11.335.133,23			8.048 0
		11.335.133,23		
2. Andere Verpflichtungen				
Unwiderrufliche Kreditzusagen darunter: Lieferverpflichtungen	55.306.833,82	55.306.833,82		40.474

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

FÜR DIE ZEIT VOM 01. JANUAR 2017 BIS 31. DEZEMBER 2017

	GESCHÄFTSJAHR			VORJAHR
	€	€	€	Tsd. €
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	19.576.861,93			17.136
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	0,00	19.576.861,93		0
2. Zinsaufwendungen		4.603.927,39	14.972.934,54	4.133
3. Provisionserträge		2.577.003,37		2.268
4. Provisionsaufwendungen		1.435.081,54	1.141.921,83	1.175
5. Sonstige betriebliche Erträge			1.059.097,14	990
6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				4.172
aa) Löhne und Gehälter	4.607.187,87			
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung 81.748,00	805.013,67	5.412.201,54		688 0
b) andere Verwaltungsaufwendungen		3.890.024,67	9.302.226,21	3.204
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Immateriale Anlagewerte und Sachanlagen			33.467,38	31
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			929.101,58	709
9. Abschreibung und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		449
10. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		657.111,33	657.111,33	0
11. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			7.566.269,67	5.834
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2.517.749,96		1.655
13. Sonstige Steuern			2.517.749,96	5
14. Einstellungen in Fonds für allgemeine Bankrisiken			2.000.000,00	2.000
15. Jahresüberschuss			3.048.519,71	2.174
16. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			1.790,71	8
			3.050.310,42	2.182
17. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage			160.000	100
b) in andere Gewinnrücklagen			2.890.000	1.850
18. Bilanzgewinn			310,42	2

ANHANG

I. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

Die CRONBANK Aktiengesellschaft ist ein Kreditinstitut im Sinne des § 1 Abs. 1 KWG.

Der Jahresabschluss der CRONBANK Aktiengesellschaft wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und den ergänzenden Vorschriften des Aktiengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte nach den Formblättern der RechKredV.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Forderungen an Kreditinstitute werden mit den Nennwerten zuzüglich abgegrenzter Zinsen ausgewiesen.

Forderungen an Kunden sowie andere Forderungen werden mit den Nennwerten abzüglich angemessener Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie pauschalierter Einzelwertberichtigungen für das Kreditrisiko angesetzt. Unterschiedsbeträge zu den Anschaffungskosten werden in die passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und auf die Laufzeit der Zinsbindung verteilt.

Sachanlagen und **immaterielle Vermögensgegenstände** werden mit Anschaffungskosten unter Ansatz linearer Abschreibung bewertet. Die Nutzungsdauer liegt bei Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung und immateriellen Vermögensgegenständen bei drei Jahren. Zugänge werden monatsgenau in die Anlagenbuchhaltung übernommen und entsprechend anteilig monatsweise die Abschreibung angesetzt. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll beschrieben. Bei Bedarf erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung für dauernde Wertminderungen.

Die **Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung** werden gemäß § 340e HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Die Ausfallrisiken der **Forderungen an Kunden** sind durch Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe berücksichtigt. Für latent vorhandene Kreditrisiken bestehen darüber hinaus Pauschalwertberichtigungen. Bei der Berechnung der Pauschalwertberichtigung unterscheidet die Bank nach Individualgeschäft und Finanzkauf. Auf Grundlage der tatsächlichen Ausfälle der vergangenen sechs Jahren errechnet die Bank jeweils eine Ausfallquote pro Jahr. Diese errechnet sich aus dem tatsächlichen Forderungsausfall in Relation zu dem risikobehafteten Kreditvolumen, bestehend aus Forderungen an Kunden und Avalen. Aus den errechneten Ausfallraten hat die Bank eine Trendanalyse erstellt und errechnet aus dem Durchschnitt der Ausfallquoten der letzten drei Jahre ihre Ausfallquoten für Finanzkauf und Individualgeschäft. Einzelwertberichtigte Forderungen werden von der Berechnung ausgenommen.

Die Bewertung der **Sonstigen Vermögensgegenstände** erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips zum beizulegenden Wert.

Liquide Mittel sind zu Nennwerten bilanziert.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert. Bei der Bilanzierung von Sparbriefen Typ A (abgezinste Sparbriefe) wendet die Bank die Nettomethode (Bilanzierung zum Ausgabebetrag und jährliche Zinszuschreibung) an.

Die **Fremdwährungsumrechnung** erfolgt zum EZB-Referenzkurs. Dieser wird täglich ermittelt. Fremdwährungsgeschäfte werden, soweit sie nicht auf eine offene Währungsnettoposition entfallen, als besonders gedeckt angesehen. Dabei wird die Einfrierungsmethode angewendet. Der Bestand beläuft sich auf Tsd. € 47 und ist täglich fällig.

Die **Pensionsrückstellungen** betreffen unverfallbare Anwartschaften, die einzelvertraglich vereinbart wurden. Der Umfang der Pensionsverpflichtung wird nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Method) mit einem Rechnungszinssatz von 3,68 % p.a. und einem Rententrend von 1,60 % p.a. ermittelt und ist durch versicherungsmathematische Gutachten der Condor Dienstleistungs-GmbH, Hamburg, nachgewiesen. Dem Gutachten liegt die Richttafel 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Die Abzinsung erfolgt mit dem laufzeit-

adäquaten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre, wie er von der Deutschen Bundesbank ermittelt und bekanntgegeben wird. Bis einschließlich 2015 war der laufzeitadäquate durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre anzuwenden. Der laufzeitadäquate Abzinsungssatz beträgt zum Stichtag 3,68 %, während sich nach den bisher anzuwendenden Regelungen ein laufzeitadäquater Abzinsungssatz von 2,8 % ergeben hätte. Laut diesem Berechnungsverfahren ergab sich per 31. Dezember 2017 ein Rückstellungsbetrag von Tsd. € 696. Aufgrund der Abzinsung mit einem höheren Zinssatz ist die Pensionsrückstellung zum Bilanzstichtag Tsd. € 77,6 niedriger. In Höhe dieses Betrages besteht nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB eine Ausschüttungssperre.

Die übrigen Rückstellungen sind ausreichend bemessen und tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen Rechnung; sie wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos hat die Bank in der Vergangenheit Festzinsswaps abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag sind Festzinsswaps in Höhe von Tsd. € 25.000,00 (Tsd. € 10.000,00 mit einer Restlaufzeit bis 2018, Tsd. € 10.000,00 bis 2021 und Tsd. € 5.000,00 bis 2022) enthalten. Entsprechend der Zweckbestimmung sind alle Zinsswaps dem Anlagebuch zugeordnet. Als schwebende Geschäfte werden die Swaps nicht in der Bilanz ausgewiesen. Die Swaps werden in die Gesamtbetrachtung der Zinsänderungsrisiken (Macro-Hedges) einbezogen, daher werden keine Einzelbewertungen vorgenommen. Der vom Kontrahenten Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA gemeldete negative Marktwert betrug zum 31. Dezember 2017 Tsd. € 991,10. Der vom Kontrahenten DZ BANK AG zum 31. Dezember 2017 gemeldete negative Marktwert betrug Tsd. € 290,84.

Die laufenden Zahlungen aus den Swapgeschäften werden jeweils saldiert und ein negativer Saldo als Zinsaufwand und ein positiver Saldo als Zinsertrag verbucht.

Die Bildung von Rückstellungen gemäß § 340a i.V. mit § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB war nicht erforderlich, da die Swaps in die verlustfreie Bewertung im Zinsbuch der Bank einbezogen wurden und bei der Gesamtberechnung ein positiver Wert entstanden ist. Es werden alle Positionen des Zinsbuches berücksichtigt.

Zur Bestimmung, ob Drohverlustrückstellungen nach § 340a i.V.m. § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB gebildet werden müssen, haben wir den barwertigen Ansatz verwendet. Die Bestimmung des Barwerts der Geschäfte erfolgt durch Diskontierung der Zahlungsströme mittels laufzeitkongruenter Zinssätze. Das Eigenkapital wird in die Berechnung nicht einbezogen. Die Berücksichtigung von Risikokosten erfolgt durch Einbeziehung in den zur Diskontierung der Zahlungsströme verwendeten Zinssatz. Dabei wird die Risikoprämie anhand des Ratings ermittelt. Die Berücksichtigung von Verwaltungsaufwendungen erfolgt, sofern diese für die künftige Bestandsverwaltung notwendig sind.

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

In der Position **Aktive Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP)** sind nur transitorische Posten enthalten.

In der Position **Passive Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP)** sind nur Zinsen und Gebühren, die für künftige Rechnungsperioden vereinnahmt wurden, enthalten.

Aufwendungen und Erträge werden periodengerecht abgegrenzt.

Vom Ansatzwahlrecht für **aktive latente Steuern** wurde kein Gebrauch gemacht.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

ANDERE FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE	TSD. €
BIS 3 MONATE	0,00
MEHR ALS 3 MONATE BIS 1 JAHR	0,00
MEHR ALS 1 JAHR BIS 5 JAHRE	0,00
MEHR ALS 5 JAHRE	0,00

Die täglich fälligen Forderungen gegenüber Kreditinstituten belaufen sich auf Tsd. € 20.433,10.

In den „Forderungen an Kreditinstitute“ sind USD 54.192,03 (Fremdwährungsbeträge aus Kundenkonten) enthalten, dies entspricht zum Bilanzstichtag Tsd. € 45,18 (€ 1,00 = USD 1,1993). Weitere Positionen in Fremdwährungen bestanden nicht.

FORDERUNGEN AN KUNDEN	TSD. €
BIS 3 MONATE	5.518
MEHR ALS 3 MONATE BIS 1 JAHR	96.333
MEHR ALS 1 JAHR BIS 5 JAHRE	162.723
MEHR ALS 5 JAHRE	165.181

In den „Forderungen an Kunden“ sind Tsd. € 18.111 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit und Forderungen an verbundene Unternehmen in Höhe von Tsd. € 1.575,00 (Vorjahr Tsd. € 1.665) enthalten.

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	TSD. €
ANSCHAFFUNGSKOSTEN 01.01.2017	57,33
ZUGÄNGE	80,00
UMBUCHUNGEN ABGÄNGE	0,00
ABSCHREIBUNGEN KUMULIERT	39,32
BUCHWERT 31.12.2017	98,01
BUCHWERT 31.12.2016	41,60
ABSCHREIBUNGEN DES GESCHÄFTSJAHRES	23,54

Die Entwicklung der Sachanlagen (ausschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung) stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	TSD. €
ANSCHAFFUNGSKOSTEN 01.01.2017	153,84
ZUGÄNGE	7,85
UMBUCHUNGEN ABGÄNGE	0,00
ABSCHREIBUNGEN KUMULIERT	144,72
BUCHWERT 31.12.2017	16,97
BUCHWERT 31.12.2016	19,04
ABSCHREIBUNGEN DES GESCHÄFTSJAHRES	9,92

Es wurden im Berichtsjahr keine Anzahlungen geleistet.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist weisen folgende Restlaufzeiten auf:

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN	TSD. €
BIS 3 MONATE	1.137,62
MEHR ALS 3 MONATE BIS 1 JAHR	3.482,48
MEHR ALS 1 JAHR BIS 5 JAHRE	18.509,15
MEHR ALS 5 JAHRE	21.054,25

SPAREINLAGEN MIT VEREINBARER KÜNDIGUNGSFRIST	TSD. €
BIS 3 MONATE	4.009,78
MEHR ALS 3 MONATE BIS 1 JAHR	0,00
MEHR ALS 1 JAHR BIS 5 JAHRE	0,00
MEHR ALS 5 JAHRE	0,00

SPAREINLAGEN MIT MEHR ALS 3 MONATEN VEREINBARER KÜNDIGUNGSFRIST	TSD. €
BIS 3 MONATE	0,00
MEHR ALS 3 MONATE BIS 1 JAHR	0,00
MEHR ALS 1 JAHR BIS 5 JAHRE	0,58
MEHR ALS 5 JAHRE	0,00

ANDERE VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN MIT VEREINBARER LAUFZEIT ODER KÜNDIGUNGSFRIST

	TSD. €
BIS 3 MONATE	47.276,09
MEHR ALS 3 MONATE BIS 1 JAHR	64.138,14
MEHR ALS 1 JAHR BIS 5 JAHRE	134.797,40
MEHR ALS 5 JAHRE	39.881,99

Die täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich auf Tsd. € 105,57.

Die täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden belaufen sich auf Tsd. € 184.630,67.

In den „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind CHF 2.066,79 (Fremdwährungsbeträge aus Kundenkonten) enthalten, dies entspricht zum Bilanzstichtag Tsd. € 1,77 (€ 1,00 = CHF 1,1702). Weitere Positionen in Fremdwährungen bestanden nicht.

In den „Verbindlichkeiten an Kunden“ sind Verbindlichkeiten an verbundene Unternehmen in Höhe von Tsd. € 144.249,99 (Vorjahr Tsd. € 121.236) enthalten.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich auf Tsd. € 9.300 und werden mit einem Zinssatz von 1,52 % verzinst und haben weiterhin eine Laufzeit bis 07.12.2023. Rückzahlung: Ein vorzeitiger Rückerwerb oder eine anderweitige Rückzahlung ist der Bank ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist. In jedem Fall ist eine Erlaubnis der zuständigen Behörde erforderlich. Der Zinsaufwand für die nachrangige Verbindlichkeit betrug im Berichtszeitraum Tsd. € 141,36.

Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind Tsd. € 401,42 (Vorjahr Tsd. € 521,00) aus Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt, Tsd. € 38,14 Vermittlungsprovisionen sowie Tsd. € 160,71 (Vorjahr Tsd. € 131,00) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen enthalten.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält Disagio-beträge von Tsd. € 3.127,44 die bei der Ausreichung von Krediten in Abzug gebracht wurden.

Die Pensionsrückstellung betrifft unverfallbare Anwartschaften für ein ehemaliges Vorstandsmitglied, die durch das Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt wurden.

Für die Jahresabschlussprüfung wurde eine Rückstellung in Höhe von Tsd. € 90,00 (inkl. MwSt.) gebildet.

Für die Zusatzverzinsung des Produktes MHK Kapitalvorsorge wurde eine Zuführung zu den Rückstellungen in Höhe von Tsd. € 491 vorgenommen.

In der Position „Rückstellungen“ sind als weitere wesentliche Positionen die Rückstellung für Vermittlungsprovision von Finanzkaufdarlehen in Höhe von Tsd. € 925,00, die Rückstellungen für Tantiemen mit Tsd. € 675,00, die Rückstellung für Anwalts- und Prozesskosten Tsd. € 384,17 sowie die Rückstellung für Steuern in Höhe von Tsd. € 631.

Das gezeichnete Kapital beträgt zum 31. Dezember 2017 Tsd. € 30.000,00 und ist aufgeteilt in 1.200.000 nennwertlose vinkulierte Namensaktien. Aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres wurden im Geschäftsjahr Tsd. € 1,3 in die gesetzliche Rücklage und Tsd. € 2.070 in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

In der Position „Eventualverbindlichkeiten“ sind Anzahlungsbürgschaften mit Tsd. € 4.116,69 und andere Bürgschaften (z. B. Mietkautionsbürgschaften) mit Tsd. € 7.261,21 vor Abzug von Rückstellungen ausgewiesen; ein Risiko der Inanspruchnahme sehen wir aus den Erfahrungswerten der Vergangenheit als gering an.

In der Position „Andere Verpflichtungen“ sind unwiderrufliche Kreditzusagen enthalten; wir gehen von einer vollständigen Inanspruchnahme aus. In dieser Position sind Tsd. € 11.474,07 mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu einem Jahr und Tsd. € 34.257,22 mit einer Ursprungslaufzeit größer ein Jahr enthalten sowie zugesagte noch nicht ausgezahlte Finanzkaufdarlehen Tsd. € 9.575,54.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Aufwendungen und Erträge sind fast ausschließlich in Deutschland angefallen. Es fielen keine Aufwendungen und Erträge in Fremdwährungen an, es bestand kein Fremdwährungsrisiko für die Bank.

Die negativen Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften resultieren aus dem über das Mindestreserve-Soll hinausgehende gehaltene Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Die Bank vereinnahmt für die Vermittlung von Versicherungen Provisionserträge.

Im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind Tsd. € 491 für MHK-Kapitalvorsorge enthalten, denen sonstige betriebliche Erträge in gleicher Höhe aus der Übernahme der Aufwendungen für das Programm MHK-Kapitalvorsorge durch die MHK Marketing Handel Kooperation GmbH gegenüberstehen. Für die Bank erwachsen aus dem Programm MHK-Kapitalvorsorge keine wirtschaftlichen Belastungen. In den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ sind Tsd. € 356,92 für weiterbelastete Gebühren an Kunden enthalten.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von Tsd. € 2.517,75 betreffen mit Tsd. € 2.204,00 das Geschäftsjahr 2017. Zudem entstanden Verpflichtungen aus einer Betriebsprüfung für die Jahre 2013 – 2015 in Höhe von Tsd. € 244,5, sowie weitere Aufwendungen in Höhe von Tsd. € 69,25 für Vorjahre.

V. SONSTIGE ANGABEN

Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes und Aufsichtsrates wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Es bestehen keine Mandate, die vom Vorstand oder anderen Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften wahrgenommen werden.

Am Bilanzstichtag betrug die Forderungen an und aus eingegangenen Haftungsverhältnissen für Mitglieder des Vorstandes Tsd. € 101,80 und Mitglieder des Aufsichtsrats Tsd. € 80,00.

Im Jahresdurchschnitt wurden 63,5 Mitarbeiter/innen inklusive Vorstände (davon 5 Mitarbeiterinnen in Teilzeit) beschäftigt.

Das von dem Abschlussprüfer in dem Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar belief sich in 2017 auf Tsd. € 162,1 (inkl. MwSt.); Prüfungskosten Tsd. € 162,1 davon für 2016: Tsd. € 24,5; andere Bestätigungsleistungen Tsd. € 0,0; Steuerberatungsleistungen Tsd. € 0,0; sonstige Leistungen Tsd. € 0,0.

Von dem ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von Tsd. € 3.048,52 wurden Tsd. € 152,43 gemäß § 150 Abs. 2 Aktiengesetz in die gesetzliche Rücklage eingestellt.

Unter Einbeziehung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr von Tsd. € 1,79 ergibt sich ein Bilanzgewinn von Tsd. € 2.897,88. Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, davon weitere Tsd. € 7,57 in die gesetzliche Rücklage und Tsd. € 2.890,00 in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und den Restbetrag von Tsd. € 0,31 auf neue Rechnung vorzutragen.

Herr Hans Strothoff hält unverändert das gesamte Grundkapital der Bank.

Die CRONBANK AG hat ihren Sitz in 63303 Dreieich und ist im Registergericht Offenbach am Main unter HR B-Nr. 34140 eingetragen. Besondere Vorkommnisse nach dem Abschlussstichtag, die Einfluss auf die Vermögens- und Ertragslage haben, sind nicht aufgetreten.

VI. ORGANE DER CRONBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Mitglieder des Vorstandes

Wolfgang Becker

Bankkaufmann, Bodenheim

Frank Bermbach

Bankkaufmann, Bad Camberg

Mitglieder des Aufsichtsrates

Hans Strothoff (Vorsitzender)

Kaufmann, Dreieich

MHK Group AG, Dreieich

Meinhard Mundt (stellvertretender Vorsitzender)

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Friedrichsdorf

selbstständig, Friedrichsdorf

Dr. Peter Forster

Rechtsanwalt, Rödermark

selbstständig, Rödermark

Prof. Rainer Kirchdörfer

Rechtsanwalt, Korntal-Münchingen

Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz GbR, Stuttgart

Hans Struwe

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Friedrichsdorf

selbstständig, Friedrichsdorf

Andreas Povel

Dipl.-Kaufmann, Bad Homburg

Dreieich, 8. März 2018



Wolfgang Becker



Frank Bermbach



CRONBANK AG
Frankfurter Straße 155 · 63303 Dreieich · Germany
Telefon 06103 / 391-255 · Telefax 06103 / 391-239
E-Mail info@cronbank.de · www.cronbank.de